Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 74. Dienstag, den 28. März 1911. 18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Fremdenlegion.

K. K. Die französische Fremdenlegion ist also wieder einmal der Gegenstand unliebsamer Erörterungen gewesen. Daß der preußische Kriegsminister dabei an etwas getippt hat, woran ein Minister nicht tippen soll, wurde in der „Volksstimme“ schon besprochen und dabei konstatiert, daß Herr von Heeringen sich in diesem Falle auch als herzlich schlechter Taktiker erwiesen hat.

Wir erlauben uns zum Kapitel Fremdenlegion auch einiges zu bemerken, wovon freilich manches in „patriotischen“ Ohren nicht angenehm klingen wird.

Über die Existenz der Fremdenlegion entrüsten sich bekanntlich auch deutsche Zeitungen, die Bismarck als Götzen verehren, und daher immer auf dem von ihm vertretenen Standpunkt der „Realpolitik“ stehen. Ja, mit Erlaubnis: Ist die französische Fremdenlegion etwas anderes als ein Kind der Realpolitik? Die Franzosen kalkulieren in diesem Falle einfach so: Der Krieg mit unzivilisierten Völkerschaften wirkt verrohend auch auf den Europäer. Außerdem hat er furchtbare Strapazen für ihn im Gefolge. Daher bringen wir unsre eignen Landeskinder bei dieser unangenehmen Angelegenheit möglichst aus der Schußlinie und die Angehörigen andrer Nationen für uns ins Feuer. Sie verfahren also drastisch nach dem berühmten Rezept: Heiliger Florian, bewahr mein Haus, zünd andre an!“ Und das ist Realpolitik in Reinkultur.

Mir ist diese Realpolitik fast lieber, als seinerzeit die Ausschlachtungen der Attentate Hödels und Nobilings gegen die Sozialdemokratie, und der Versuch, die Krawalle in Moabit für die Zwecke der Junker und Scharfmacher zu fruktifizieren. Die Bismarckanbeter, die Verehrer des Grundsatzes, daß auch in der Politik der Zweck die Mittel heilige, sollten also ihre Entrüstung über die Fremdenlegion bei sich behalten und einsehen, daß auch sie allzumal Sünder sind.

Nun wird so viel darüber geklagt, daß die Fremdenlegion sehr viele Deutsche in ihren Reihen zählt. Hier sind drei Ursachen zu unterscheiden, von denen die eine allerdings nicht zu ändern ist, die andern beiden aber wohl zu beseitigen wären, wenn man den guten Willen dazu hätte.

Was die unabänderliche Ursache anbelangt, so liegt sie in der Nachbarschaft Frankreichs und des Deutschen Reiches sowie in der großen Bevölkerungszahl des letzteren. Daß die Fremdenlegion viel mehr Deutsche als Holländer, Belgier, Schweizer und Italiener zählt, ist aus der Einwohnerzahl des Deutschen Reiches gewiß erklärlich.

Nun kommen wir zu den beiden anderen Ursachen. Da haben wir einmal die Sehnsucht nach kriegerischen Abenteuern, von der die männliche Jugend so oft erfüllt ist. Wer aber weckt diese Sehnsucht, wer zieht sie groß? Das ist schon die Schule und dann vor allem die Hurrapresse, die jetzt über die Fremdenlegion so heftig mault, und schließlich die Schriften, die den Krieg als das größte menschliche Tun verherrlichen. Ich kann hier mit einem lehrreichen Beispiel aufwarten. Der 16jährige Sohn eines deutschen Offiziers, der sich im Kriege 1870/71 mehrfach ausgezeichnet und in der Schlacht bei Sedan einen hohen Kriegsorden, mit dem sogar der persönliche Adel verbunden ist, erworben hat, war durch die Lorbeeren seines Vaters und durch die Lektüre hurrapatriotischer Bücher derartig begierig nach Kriegsabenteuern geworden, daß er eines Tages durchbrannte und sich in die Fremdenlegion anwerben ließ. Da er noch nicht 17 Jahre alt war, gelang es seiner Mutter, ihn mit Erfolg zu reklamieren. Ein halbes Jahr hielt er es im friedlichen Deutschland aus, dann kehrte er plötzlich in die Fremdenlegion zurück. Hier wurde er bald darauf in einem Gefecht mit Arabern erschossen. Dieser junge Mann war das Opfer der Kriegsverherrlichungen, die er heißhungrig verschlungen hatte.

Die jungen Leute, die aus Sehnsucht nach Abenteuern in die Fremdenlegion eintreten, sind vielfach durch den Götzendienst, der mit dem organisierten Massenmord getrieben wird, nach Afrika gelockt worden.

Jetzt zur dritten Ursache! Diese ist niemand andrer als der Geist des „Alten Fritzen“. Statt diesen Geist dahin zu schicken, wohin er schon längst gehört, nämlich in die Vergangenheit, läßt man ihn auch noch in der Gegenwart herumrumoren. Besonders gern beehrt er die Armee mit seinem „Wirken“, das sich in barbarischen Strafen für Verfehlungen von unten nach oben, in dem harten Vollzug gewöhnlicher Arreststrafen, in der Außerachtlassung moderner Rechtsbegriffe, in der Allmacht der Vorgesetzten, in Mißhandlungen und in überflüssigem Drill äußert. Wir erinnern hier nur an die militärischen Schreckensurteile. Es sei ferner darauf hingewiesen, daß noch heute in der deutschen Armee der strenge Arrest existiert, also eine Arrestart, bei der der Bestrafte in eine dunkle Zelle bei Wasser und Brot gesperrt wird. Auf disziplinarischem Wege kann diese furchtbare Strafe bis zu 14 Tagen verhängt werden. Und dagegen gibt es keine wirksame Berufung, denn der Soldat darf sich bekanntlich über eine erhaltene Disziplinarstrafe erst dann beschweren, wenn er sie verbüßt hat. Auch der mittlere Arrest — er wird ebenso vollstreckt wie der strenge Arrest, nur fällt die Verdunklung der Zelle weg — ist eine Strafe, die nicht mehr in die heutige Zeit paßt. Er kann disziplinarisch bis zu 3 Wochen angeordnet werden. Auch hier ist infolge der wunderlichen Beschaffenheit des militärischen Beschwerderechts eine praktisch wirksame Berufung unmöglich. Über die Soldatenmißhandlungen, die große Macht der Vorgesetzten und den Drill brauchen wir kein Wort zu verlieren, dieweilen sie hinlänglich bekannte Spezialitäten in der deutschen Armee sind.

Diese Zustände erzeugen in vielen jungen Männern eine große Angst vor der Kaserne. Und besonders furchtsame Gemüter kommen auf den Gedanken, den deutschen Staub von den Pantoffeln zu schütteln. In der Fremde fallen sie dann nur zu leicht den Werbern für die französische Fremdenlegion in die Hände. Endlich treiben Mißhandlungen und die Furcht vor harten Strafen eine relativ nicht geringe Zahl von Soldaten, manchmal sogar Unteroffizieren, zur Desertation. Mit nur wenig Geld versehen fliehen diese Unglücklichen aus der Kaserne, und bald zwingt sie die bittere Not zum Eintritt in die Fremdenlegion.

Mit dem Schimpfen über die Fremdenlegion ist es also nicht getan, mag sie auch das härteste Urteil reichlich verdienen. Man höre endlich einmal auf, schon die Phantasie der Knaben mit der Glorifikation des Dreinschlagens und des Niederschießens von Menschen, der Zerstörung menschlicher Heimstätten usw. zu erhitzen, man reformiere die deutsche Armee, gewähre den Untergebenen ein brauchbares Beschwerderecht, modernisiere das Militärstrafgesetzbuch, schütze die Soldaten energisch vor Mißhandlungen und plage sie nicht mehr mit veralteten Paradekunststücken. Das wird mehr helfen als das Wettern und Fluchen über die Fremdenlegion.

Politische Rundschau

Deutschland.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause.

Das Abgeordnetenhaus hat am Montag in einer Dauersitzung die dritte Lesung des Etats beendet. Nach bewährtem Rezept schnitt man unseren Genossen sowohl zum Kultusetat als auch zum Etat der Eisenbahnverwaltung das Wort ab. Einzig und allein zum Etat der Justizverwaltung gestattete man uns, das Wort zu ergreifen. Unser Redner, Genosse Liebknecht, kritisierte in einstündiger Rede die Reaktion in der Justizverwaltung. Der Justizminister Beseler erwiderte ihm sachlich so gut wie nichts, sondern klagte nur über den Ton, den Liebknecht eingeschlagen hatte. In der Gesamtabstimmung stimmten unsere Genossen gegen den Etat. — Am Dienstag fällt die Sitzung aus. Am Mittwoch stehen kleinere Vorlagen und das Fortbildungsschulgesetz auf der Tagesordnung.

Folgen der Tabaksteuer.

Dem Reichstage ist eine nationalliberale Resolution zugegangen, die die verbündeten Regierungen ersucht, „alsbald“ dem Reichstage noch einen Nachtrag zum Reichshaushaltsetat zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorzulegen, durch den hinreichende weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden, um, entsprechend den Bestimmungen des Art. II a des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juni 1909, den infolge des Gesetzes arbeitslos gewordenen oder durch Einschränkung der Betriebe geschädigten Hausgewerbetreibenden oder Arbeitern des Tabakgewerbes die bis zum 15. August 1911 zustehende Unterstützung zu gewähren.

Konservative Kaiserland-Hetze.

In ihrem Sonntags-Überblick über die innere Politik der Woche bemerkt die „Kreuzzeitung“ zur reichsländischen Verfassungsfrage:

„Auch an monarchischer Denkungsart fehlt es den Elsaß-Lothringern so sehr, daß es fast zweifelhaft ist, ob sie sich eine monarchische Verfassung geben würden, wenn es ihnen heute freigestellt würde. Die konservative Korrespondenz weist nachdrücklich auf einen Vorgang in der Reichstagskommission hin. Ein elsässisches Mitglied der Kommission erklärte, in Elsaß-Lothringen herrschte Erbitterung darüber, daß überhaupt der Kaiser Mitglieder der Ersten Kammer solle ernennen dürfen; dies Ernennungsrecht sei ein beleidigender Beweis des Mißtrauens gegenüber der Bevölkerung, die allein dazu da sei, sich ihren Landtag zu bilden. Gegen diese Schilderung der Stimmung in den Reichslanden verwahrte sich nur ein einziger Landsmann des Redners, während die anderen schweigend zustimmten. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die Elsaß-Lothringer zur Bildung eines selbständigen monarchischen Bundesstaates nicht reif sind, dann ist er jetzt erbracht ... Wir hoffen immer noch, daß an der Unvereinbarkeit des Reichsinteresses mit den radikalen Beschlüssen der Kommission die ganze Vorlage scheitern wird“.

Als die „Kreuzzeitung“ von neuem dieser konservativen Hoffnung auf ein Scheitern der ganzen Vorlage Worte lieh, kannte sie vielleicht schon die lakonischen Bemerkungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zur elsaß-lothringischen Frage; im Anschluß an das Duell Bethmann-Heydebrand schreibt das Kanzlerblatt in seinem Wochenrückblick: „Am Donnerstag kam die elsaß-lothringische Frage im Abgeordnetenhause zur Sprache. Gegenüber Bedenken, die von konservativer und freikonservativer Seite geäußert wurden, antwortete der Ministerpräsident in längeren Ausführungen. Er hob hervor, daß die elsaß-lothringische Frage in deutschem Geist gelöst werden muß, und daß jeder Schritt, den Preußen in dieser Frage unternommen hat, von diesem Geiste diktiert ist. Kollisionen mit preußischen Interessen seien nicht möglich, weil preußische und deutsche Interessen, richtig aufgefaßt, zusammenfließen. Es ist bedauerlich für die Sache, aber nicht entscheidend, daß immer wieder Äußerungen elsaß-lothringischer Politiker dazu beitragen, die Bedenken gegen die Verfassungsreform zu verstärken. Man gewinnt den Eindruck, als ob es bei dieser Agitation darauf angelegt sei, keine Verfassungsreform zustande kommen zu lassen. Es wäre zu wünschen, daß die ruhigen Elemente des Reichslandes sich der Schädlichkeit und der Gefahr solcher Treibereien bewußt werden.

Ob sich das Kanzlerblatt entschließen wird, die Wendung von der „Schädlichkeit und der Gefahr solcher Treibereien“ nächstens auch gegen seine Freundin, die konservative „Kreuzzeitung“ auszuspielen, ist allerdings fraglich.

Eine Bitte um Amnestie.

Im Landesausschusse für Elsaß-Lothringen brachte der Abg. Weber einen von 45 Mitgliedern unterzeichneten Antrag ein, der die Regierung ersucht, sich dafür zu verwenden, daß den Elsaß-Lothringern, die bis 1890 wegen Fahnenflucht oder Verletzung der Wehrpflicht bestraft worden seien, die Strafen, soweit sie nicht bereits verbüßt, verjährt oder erlassen sind, im Hinblick auf die inzwischen verflossene Zeit und die eingetretene Änderung der Verhältnisse in Gnaden erlassen würden.

Aus dem vierten Berliner Wahlkreis.

Der Wahlverein der Fortschrittlichen Volkspartei im vierten Berliner Reichstagswahlkreis hat nun auch beschlossen, von der Aufstellung eines fortschrittlichen Kandidaten für die Nachwahl abzusehen. Die fortschrittlichen Wähler werden ersucht, der Wahl fernzubleiben. Bekanntlich haben die Konservativen das gleiche beschlossen. Unserm Genossen Büchner steht nun nur noch der Zählkandidat des Zentrums Graf v. Oppersdorff gegenüber.

Eine kleine Sensation

gab es am Montag abend noch in der Budgetkommission des Reichstages. Abg. Scheidemann stellte fest, daß gesetzliche Bestimmungen, die sich auf die Verzollung und Versteuerung von Genußmitteln für die Kriegsschiffe beziehen, nicht beachtet werden, daß vielmehr Mißbräuche an Bord der Kriegsschiffe insofern in Übung sind, als Bier, Liköre, Wein, Champagner, Zigarren, Zigaretten usw. zollfrei übernommen und von der Besatzung auch noch nach der Rückkehr verzehrt werden, wenn die Schiffe deutsche Gewässer garnicht verlassen haben oder von einem deutschen Hafen zum andern gefahren sind. Schatzsekretär Wermuth konnte überhaupt keine Antwort geben. Unterstaatssekretär Kühn gab zu, daß die Angaben Scheidemanns richtig seien, daß aber Abmachungen zwischen dem Reichsmarineamt und Reichsschatzamt beständen, die nicht allgemein bekannt sein dürften. Irgend welche Angaben vermochte Kühn über diese Abmachungen aber auch nicht zu machen. Die Angelegenheit dürfte noch im Plenum weiter erörtert werden.

Lex Wagner.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ behauptet, daß die Lex Wagner, die eine ganz erhebliche Erhöhung der Beleidigungsstrafen vorsieht, im Reichstag nicht mehr zur Erörterung gelangen wird. Auch die Regierung habe kein Interesse am Zustandekommen der Lex Wagner. — In diesem Sinne kann die Notiz unmöglich richtig sein. Die Lex Wagner ist in die Strafprozeßnovelle aufgenommen worden und muß ganz selbstverständlich bei der

3. Lesung erörtert werden, denn um diese Bestimmung aus der Novelle herauszubringen, ist es notwendig, daß ein Antrag auf Streichung gestellt wird. Das allerdings muß richtig sein, daß der Abg. Wagner, wie das genannte Blatt jetzt feststellt, sich der Tragweite seines Antrages nicht bewußt gewesen ist, das kennzeichnet aber gleichzeitig die ganze konservative Gesetzespfuscherei.

Die „Schurkenpartei".

Im Wahlkampfe hatte der antisemitische „Sieger" von Gießen-Nidda, Dr. Werner, die Nationalliberalen als eine „Partei von Schurken" bezeichnet. Als Dr. Werner nach der Hauptwahl sah, daß er ohne die nationalliberalen Stimmen dem Sozialdemokraten unterliegen müßte, nahm er in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Nationalliberalen Kreisvereins in Gießen die „in Übereilung ausgesprochene" Beleidigung mit Bedauern zurück, worauf die mannhaften Nationalliberalen den reuigen Sünder zu ihrem Reichstagsabgeordneten wählten.

Wie sich die einst so stolze, in Hessen herrschende Partei auch sonst vor dem Bunde der Landwirte entwürdigt, mögen folgende Tatsachen zeigen.

In Gießen-Nidda präsentierten die Nationalliberalen dem Bunde der Landwirte ein eifriges Mitglied ihres Bundes, den Landwirtschaftsprofessor Gisevius, als gemeinsamen Kandidaten. Der Bund der Landwirte verschmähte aber sein eigenes Mitglied, das doch wenigstens theoretisch der Landwirtschaft ganz nahe steht und stellte den Antisemiten Werner auf. Im hessischen Reichstagswahlkreise Alsfeld-Lauterbach das gleiche Bild: Die Nationalliberalen bieten ein Mitglied des Bundes der Landwirte als Kandidaten an, das sogar selbst praktischer Landwirt ist, — der Bund der Landwirte lehnt aber wieder ab und stellt den antisemitischen Kunstmaler Bindewald auf. Noch toller ist die Geschichte im hessischen Reichstagswahlkreise Erbach-Bensheim: Dort bieten die Nationalliberalen sogar den Provinzialvorsitzenden des Bundes der Landwirte, einen leibhaftigen Ökonomierat, als Kandidaten an, — der Bund der Landwirte aber entscheidet sich für den antisemitischen Buchhändler Rippelhagen.

Was werden die hessischen Nationalliberalen nach diesen sehr fühlbaren Fußtritten vom Bunde der Landwirte tun? Was sie schon in Gießen taten, werden sie in Alsfeld-Lauterbach und Erbach-Bensheim wiederholen: demütig und gehorsam die Antisemiten wählen! Schlimmer kann die politische Entwürdigung einer „liberalen" Partei nicht getrieben werden.

Im übrigen ist es schließlich nicht ohne Interesse, daß der Bund der Landwirte in Hessen fast überall nicht etwa Landwirte als Reichstagskandidaten und Vertreter der Bauernschaft aufstellt, sondern Schulmeister, Bürgermeister, Kunstmaler und — Buchhändler.

Reichseinnahmen.

Eine Übersicht über die Einnahmen an Zöllen, Steuern und Gebühren vom 1. April 1910 bis Ende Februar 1911 wurde gestern in der Budgetkommission des Reichstages bekannt gegeben; danach werden die Einnahmen annähernd die Höhe des Voranschlags erreichen. Die Zölle bleiben noch um 27 Millionen, die Tabaksteuer um 4 Millionen, die Zigarettensteuer um 2 Millionen, die Salzsteuer um 4 Millionen, die Branntweinsteuer um 33 Millionen, die Leuchtmittelsteuer um 6 Millionen, die Zündwarensteuer um 2½ Millionen, die Biersteuer um 11 Millionen hinter den Voranschlägen zurück. Die Zuckersteuer und die Fahrkartensteuer haben den Voranschlag schon überschritten.

Im Kampfe gegen den Gouverneur Rechenberg

sollen auch Meineide geschworen worden sein. Die „Ostafrikanische Rundschau", das Organ Rechenbergs, teilt mit, daß das Hauptverfahren wegen Meineids gegen v. Wächter, den stellvertretenden ersten Referenten des Gouvernements eingeleitet worden sei. v. Wächter war in dem bekannten Prozesse gegen den Herausgeber der „Deutsch-ostafrikanischen Zeitung" beschuldigt worden, anonyme Briefe an den Herausgeber v. Roy gerichtet zu haben, die den Verdacht eines Vergehens nach § 175 von ihm ablenken sollten und hat die Autorschaft abgeleugnet.

Italien.

Ein vernünftiger Entschluß. „Avanti" meldet, daß Bissolati an Giolitti einen Brief gerichtet hat, in dem er seiner Zustimmung zu den großen Prinzipien des Programms, das Giolitti auszuführen vorhat, Ausdruck gibt, aber erklärt, er könne seine natürliche Abneigung gegen alles, was die äußere Entfaltung der Stellung eines Ministers bilde, nicht überwinden. Er bitte daher Giolitti, nicht darauf zu bestehen, ihm ein Portefeuille anzubieten. Auch die anderen Blätter bestätigen diese Nachricht. Die „Tribuna" fügt hinzu, daß Bissolati erklärt habe, seine Entscheidung sei unwiderruflich, doch habe er hinzugefügt, er beabsichtige das Ministerium Giolitis zu unterstützen, soweit es in seinen Kräften stehe.

Brasilien.

Die Todesmarter der brasilianischen Meuterer. Als der Telegraph die seltsame Nachricht von dem Erstickungstod brachte, dem die — wie man weiß amnestierten — Meuterer der brasilianischen Kriegsmarine zum größten Teile zum Opfer gefallen waren, mußte der Verdacht sofort rege werden, daß sich hinter diesem anscheinenden Zufall ein schreckliches Verbrechen verstecke. Wie wohlbegründet dieser Verdacht war, zeigt der nachstehende Bericht, den ein brasilianisches Blatt, der „Correio da Manha", am 14. Januar dieses Jahres veröffentlicht hat und den die Pariser „Temps Nouveaux" übersetzt wiedergeben:

„Die Strafe, die an den auf der Cobras-Insel gestorbenen Marinesoldaten vollzogen wurde, übersteigt alles, was die Phantasie an Grausamkeit auszusinnen vermag. Die „Solitarias" sind ganz kleine Zellen, die bestimmt sind, einen einzigen Häftling aufzunehmen. Ihre Dimensionen sind so klein, daß der unglückliche Gefangene nicht einmal die Möglichkeit hat, sich der Länge nach auszustrecken. Im oberen Teil der Eingangstür befindet sich ein kleines Gitter, das eben noch groß genug ist, um etwas Luft durchzulassen. Im Innern der „Solitarias" herrscht selbst mitten am Tag volle Dunkelheit. In zwei dieser Zellen wurden nun je 12 und 14 Häftlinge geworfen. Die letzten Ankömmlinge wurden mit der Türe hineingequetscht, die auf solche Art in ein Marterinstrument verwandelt wurde. Aneinandergepreßt, unfähig, sich zu rühren, empfanden die Unglücklichen bald den Schrecken der Situation. Sie begriffen, daß da eine neue Form des Mordes auf sie angewendet wurde. Es war etwa 8 Uhr abends, als man aus dem Innern der „Solitarias" Flehen und Angstschreie zu vernehmen begann: „Um unserer Fahne willen, der wir immer treu gedient haben! Haben Sie Mitleid mit uns, Herr Kommandant! Um Ihres Glückes willen! Um des Glückes willen aller derer, die Sie lieben, haben Sie Erbarmen!" Und die demütigen Bitten der Unglückseligen, die mit Grauen ihre letzte Stunde nahen sahen, dauerten inmitten der höllischen Qual fort. Später traten an die Stelle der nutzlosen Bitten heftige Verwünschungen, Rufe der Revolte, Ausbrüche des Zorns: „Feiglinge! Ihr seid geflohen, als wir Kanonen hatten und unsere Rechte verteidigten. Habt Ihr uns die Amnestie bewilligt, um uns leichter töten zu können?" Ein diensthabender Offizier, der alles gehört hatte, wandte sich an den Kommandanten Marquis da Racha und stellte ihm die fürchterliche Situation der Eingeschlossenen vor. Er erhielt aber die Antwort: „Lassen Sie die Dinge, wie sie sind! Öffnen Sie die Türen der „Solitarias" nicht!" . . . Gegen Mitternacht hörten die Rufe auf. Als man gegen 8 Uhr morgens die Zellen öffnete, fielen die Leichen zu Boden. Die Unglücklichen, die vom Kongreß (Parlament) eine vollständige Amnestie erhalten hatten, waren erstickt. Joao Candido und einige andere waren noch nicht tot. Sie wurden aus den „Solitarias" herausgezogen und gerettet."

Die Beerdigung der Matrosen fand am 27. Dezember, um 9½ Uhr abends auf dem Friedhof von Capu statt. Knapp nach 9 Uhr kam eine große vollbeladene Barke mit ausgelöschten Laternen an den Strand. Ein Sergeant des Schiffsbataillons stieg aus und wandte sich an den Friedhofsverwalter, dem er eine Anzahl Papiere, Totenscheine und Quittungen für angekaufte und vorausbezahlte Gräber übergab. Der Verwalter, der sich gewöhnlich zu dieser Zeit in seiner Wohnung aufhält, schien den Besuch erwartet zu haben. Nach einer kurzen Besprechung mit dem Sergeanten, befahl er, die Fackeln anzuzünden, um die Leichen vom Boot in die Friedhofskapelle zu tragen. Der Sergeant widersetzte sich und berief sich auf seine Instruktionen, die vorschrieben, daß alles ohne Licht vor sich gehen sollte, um keinerlei Aufsehen zu machen. Derart wurden die Leichen nach der Kapelle gebracht. Der Sergeant und seine Begleiter entfernten sich erst nach dem Gottesdienst. Vor dem Verlassen des Friedhofs benachrichtigte der Sergeant den Verwalter, daß er ihm am nächsten Tage weitere zehn Leichen bringen würde. Einige Minuten später fuhr das dunkle Boot rasch ab. Am nächsten Morgen wurden die 16 Leichen in die Gruft gesenkt, ohne das jemand an ihrem Grabe eine Blume niederlegte . . .

Bemerkenswert ist, daß der Mord am 27. Dezember vollbracht wurde, die kurzen Nachrichten aber, die die brasilianische Regierung dem Ausland zu geben für gut fand, erst am 7. Januar depeschiert wurden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 28. März.

Achtung, Tapezierer! Die Tapeziergehilfen Lübecks befinden sich wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen im Ausstand. Zuzug nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Die Bürgerschaft setzte gestern abend die Budgetberatung fort und förderte sie in ihrer fast sechsstündigen Sitzung um ein gutes Stück. Von bürgerlicher Seite befolgte man andauernd die schon am Freitag beobachtete Schweigetaktik, unter welcher die Beratung selbst allerdings keineswegs zu leiden hatte. Im Laufe des Abends kam es wiederholt zu recht heftigen Zusammenstößen zwischen den Erwählten des Geldsacks und den Sozialdemokraten, mit deren Ausklang und Ergebnis wir sehr zufrieden sein können.

Beim Artikel Badeanstalten stellte und befürwortete Herr Dr. J. Meyer einen Antrag auf Errichtung eines einfachen mit Schwimmhallen für Männer und Frauen versehenen Volksbades. Diesen Antrag unterstützte Genosse Ehlers in beredten Worten. Gegen eine erhebliche Minderheit lehnte die Bürgerschaft es jedoch ab, den Antrag dem Senat entgegenzubringen. Für die Förderung der Volksgesundheit haben eben manche bürgerliche Herren, denen es an dem Komfort der Neuzeit zu Hause nicht mangelt, nicht soviel übrig wie für Musik und Theater.

Das Kapitel „Schulen" gab Genossen Schwartz Gelegenheit, in ausführlicher Weise für die unentgeltliche Lieferung von Lernmitteln sowie für Einführung der Schulspeisung zu plädieren. Andere Städte sind in dieser Hinsicht Lübeck weit voraus.

Genosse Dr. Schlomer brachte verschiedene Fälle zur Sprache, in denen Schulkinder von ihrem Lehrer gemißhandelt sind und betonte mit Recht, daß die Prügelstrafe als Erziehungsmittel in keiner Weise in Betracht komme. Als ein warmer Anhänger der Prügelstrafe stellte sich der freisinnige Tischlerobermeister Rosenquist dem Hause vor, der seinem Lehrer noch nachträglich seinen Dank dafür aussprach, daß er ihn so schön verhauen habe. Das ganze Auftreten des Herrn Rosenquist im Laufe des Abends zeigte aber mit bemerkenswerter Deutlichkeit, daß die ihm in dankenswerter Weise zuteil gewordenen Prügel anscheinend sehr wenig gefruchtet haben. Schließlich wurde der Antrag Dr. Schlomers auf Abschaffung der Prügelstrafe in den Schulen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Genosse Pape wünschte die Anlegung von Schulgärten.

Zu einer scharfen Auseinandersetzung über die Freie Jugendorganisation und die religiös-patriotische Erziehung in den Volksschulen kam es bei dem Artikel „Volksschulen". Herr Pastor — pardon — Hauptlehrer Reimpell wetterte mit dem ihm eigenen salbungsvollen Eifer gegen ein vom hiesigen Jugendausschuß herausgegebenen Flugblatt, in dem darauf hingewiesen wurde, daß die Volksschule den Kindern nicht die für ihr späteres Leben notwendige Charakterstärke gebe, sondern sie zu willfährigen, gehorsamen und demütigen Untertanen erziehe. Unserm Genossen Dr. Schlomer war es ein leichtes, die gegen die freie Jugendorganisation gerichteten Hiebe zu parieren und sie dem Gegner zurückzugeben, dem Herr Hauptlehrer Schulmerich so gut als es ging sekundierte. In seiner täppischen Manier beteiligte sich auch Herr Rosenquist an der Verunglimpfung der Jugendorganisationen. Er suchte sie ohne irgend eine Spur von Beweis für den tiefbedauerlichen Selbstmord eines Gewerbeschülers verantwortlich zu machen. Der Haß, den dieser bornierte Zünftler gegen die Jugendorganisation empfindet, ist ohne weiteres erklärlich, wenn man bedenkt, daß die Jugendorganisation sich auch die Bekämpfung der Lehrlingsausbeutung zum Ziele gesetzt hat, die von gewissen Kreisen noch immer in unverantwortlicher Weise getrieben wird. Dazu kommt noch, daß der Freisinn in Lübeck mit dem Reichsverband verbündet ist; die bedenklichen Folgen sieht man bei Rosenquist. Daß diesem prügelfrohen liberalen Biedermann die verdiente Antwort zuteil wurde, versteht sich am Rande.

Im Laufe der weiteren Beratung, die erst gegen Mitternacht vertagt wurde, gaben unsere Genossen Möller und Ehlers noch verschiedene Anregen. Heute abend wird die Etatsberatung fortgesetzt und wahrscheinlich zu Ende geführt werden.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich, wie uns erst jetzt gemeldet wird, am 1. März im Betriebe der Lübeck-Büchener Eisenbahn. Der Rangierer Johs. Koop stand, wie das so üblich ist, auf dem Trittbrett einer in den Bahnsteig einfahrenden Lokomotive. In dem Augenblick, als sich die Maschine gerade gegenüber dem von oben auf den Bahnsteig führenden Fahrstuhlschacht befand, öffneten sich die eisernen Türen des Schachtes und Koop wurde zwischen Tür und Maschine derart gequetscht, daß sich sogar die eiserne Tür verbog. Er wurde schwer verletzt in das Allgemeine Krankenhaus überführt, woselbst er sich zurzeit noch befindet. Die Ärzte hoffen ihn am Leben zu erhalten, ob es ihrer Kunst gelingen wird, soll jedoch mehr als zweifelhaft sein. — Der Unfall soll in der Hauptsache dadurch verschuldet sein, daß die Tür beim Öffnen über den Perron hinaus in das Geleise hineinragte. Hoffentlich wird dieser Zustand abgeändert, damit nicht noch mehr Opfer verlangt werden.

Handelsregister. Am 27. März 1911 ist eingetragen: 1. die Firma Lübecker Kunsthonig-Werke Frehrs u. Co. in Lübeck. Persönlich haftende Gesellschafter sind: 1. Kaufmann H. O. Schweichler, 2. Fabrikant H. O. H. Frehrs, beide in Lübeck, 3. Kaufmann E. Schultz in Lüneburg. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 25. März 1911 begonnen; 2. bei der Firma Kurt Seydell in Lübeck: Die Prokura der Ehefrau A. J. E. Seydell geb. Drewes in Lübeck ist erloschen. Die Firma ist erloschen; 3. bei der Firma: E. Böwig Nachflg. in Lübeck: Die Firma ist erloschen.

pb. **Verschwundene Pelzboa.** Am 20. d. M. ist im hiesigen Stadttheater aus der Garderobe zum 2. Range links eine lange Pelzboa abhandengekommen. Die Boa ist aus braunem Pelzwerk mit schwarzem Streifen, zwei Knöpfen und mehreren kleinen Schwänzchen gefertigt. Sie ist entweder versehentlich an eine Person ausgehändigt, die sie rechtswidrig zurückhält, oder es liegt ein Diebstahl vor. Personen, die über den Verbleib der Boa etwas wissen, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminal-Polizei zu melden.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen, Mittwoch, abends 8¼ Uhr, findet bei kleinen Preisen ein nochmaliges Gastspiel des Fritz Steidl-Ensembles mit dem Paul Linckeschen Sensationsschlager „Halloh! Die große Revue", statt. Donnerstag geht als 3. Vorstellung im Mozart-Zyklus „Die Entführung aus dem Serail" mit dem Kammersänger Paul Knüpfer als Gast in der Partie des Osmin in Szene. Es ist dies das letzte Gastspiel des hervorragenden Künstlers. Für Freitag ist die Uraufführung des Einakters „Hans" von Dr. Benno Diederich festgesetzt. Dazu kommt das Schauspiel „Thalea Bronkema" von Wiegand zur Wiederholung.

Hamburg. Zum Kampf im Holzgewerbe. Am gestrigen Tage sind noch in drei Betrieben zirka zweihundert Mann in den Ausstand getreten. Es wird nun Sache der Arbeitgeber sein, ihre beabsichtigte allgemeine Aussperrung recht bald zu beschließen, wenn sie Gefallen daran finden sollten. Die Arbeiter sind in jeder Hinsicht bereit, den Kampf in seiner ganzen Schwere auf sich zu nehmen, und sie zweifeln nicht daran, daß derselbe mit vollem Erfolg für sie endet. Aber auch die Arbeitgeber lassen es sich was kosten, sie haben bereits ihre Streikbrecheragenten nach allen Himmelsrichtungen ausgesandt, um Arbeitswillige anzuwerben. Die gesamte Arbeiterschaft wird gebeten, dem Treiben dieser Elemente ein wachsames Auge zuzuwenden. Die Hamburger Tischlerinnung hat jetzt ganz eigenmächtig ohne Anrufung der vorgesehenen Instanzen die Arbeitsvermittelung im paritätischen Arbeitsnachweis eingestellt und die Schließung desselben verursacht. Gleichzeitig hat die Innung einen eigenen Nachweis, Repsoldstraße 47, gegründet, der nun die Streikbrechervermittlung ohne Mitwirkung des Holzarbeiterverbandes besorgen soll. Die Verwaltung des Holzarbeiterverbandes hat gegen die Schließung des paritätischen Arbeitsnachweises in aller Form protestiert und sie lehnt jegliche Verantwortung hierfür ab. Der Arbeitsnachweis der Tischlerinnung ist gesperrt! — In einer am Montag abend in Sagebiels Etablissement abgehaltenen außerordentlichen Versammlung aller am Holzgewerbe beteiligten Betriebe von Hamburg und den Nachbarstädten wurde beschlossen, am Dienstag abend alle im Holzarbeiterverband organisierten Arbeitr zu entlassen und die Betriebe zu sperren. Von dieser Maßnahme sollen nur die im Tagelohn beschäftigten Arbeiter betroffen werden. Die Akkordarbeiter sind bis zur Beendigung des angefangenen Akkordes in Arbeit zu behalten.

Hamburg. Genosse August Bebel hielt Sonntag morgen vor seinen Wählern, den Parteigenossen des ersten Hamburger Wahlkreises, vor einem übervollen Saal im Gewerkschaftshause seine Kandidatenrede. Der silberhaarige Zweiundsiebzigjährige sprach mit jugendlicher Frische und Begeisterung und hielt seine Hörer, die dichtgedrängt seinen Ausführungen lauschten und ihm ab und zu lebhaften Beifall spendeten, fast zwei Stunden in seinem Bann. Besonders verbreitete er sich über die Frage der allmählichen Rüstungseinschränkung. Von der Anerkennung des status quo aus müßten durch Beschränkung der materiellen Mittel die gewaltigen Ausgaben für Heer und Marine allmählich heruntergesetzt werden. Konflikte seien durch internationale Schiedsgerichtssprüche aus der Welt zu schaffen. Jedenfalls werde diese Frage, sowie auch die Fragen der Besteuerung und der Zollgesetzverträge im Vordergrunde des nächsten Reichstags stehen. Sicher werde das deutsche Volk soviel gesunden Sinn zeigen, und einen Reichstag nach Berlin senden, der anders aus-

sieht als der jetzige. Doch sind die Mandate für die sozialdemokratische Partei nicht die Hauptsache. Darum ist Vorsicht geboten bei Wahlabkommen mit den Liberalen aller Schattierungen. Es ist gut, wenn wir in dieser Hinsicht ab und zu eine Ohrfeige bekommen. Die Hauptsache ist für uns, daß wir bei den Wahlen unsere Scharen zählen; darum sind vier Millionen sozialdemokratische Stimmen und 50 Mandate weit besser als drei Millionen Stimmen und 100 Mandate. Wer nicht für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht, für Koalitionsrecht und gegen Ausnahmegesetze eintritt, den unterstützen wir bei Stichwahlen nicht. Nachdem dann der Genosse Eli Saalfeldt einen kurzen Rückblick auf die Geschichte des ersten Hamburger Wahlkreises gegeben hatte, machte er bekannt, daß beschlossen worden sei, so lange der Genosse Bebel lebe, bleibe er auch Reichstagskandidat dieses Wahlkreises. Bebel dankte mit herzlichen und warmen Worten. Er sei zwar ein alter Kerl, aber die Lust zum Kampfe sei noch immer die gleiche und die Hoffnung auf den endlichen Sieg sei auch noch immer die alte. Er schloß mit den Worten: „Ich werde alles tun, um das Vertrauen, daß Sie in mich setzen, auch zu rechtfertigen. Bei Philippi sehen wir uns wieder!" Lang anhaltender rauschender Beifall folgte seinen Worten. Mit einem begeisterten Hoch auf den Genossen Bebel, als den internationalen Vertreter des gesamten Proletariats, schloß die imposante Versammlung.

Hamburg. Ein Knabe totgefahren. Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend nachmittag in der Poolstraße. Dort fuhr der Schulknabe Walter Wesselowski mit mehreren anderen Knaben auf einem Kinderblockwagen. W., der die Wagendeichsel zwischen seinen Beinen hatte und vorne saß, hatte die Führung. Plötzlich verlor er die Gewalt über das kleine Gefährt, dieses rollte unter einen vorüberfahrenden Rollfederwagen und kippte um. W. kam zwischen den Vorder- und Hinterrädern zu liegen, so daß es dem Kutscher des Fuhrwerkes unmöglich war, den Unfall abzuwenden. Ehe er überhaupt den Knaben unter dem Wagen bemerkte, waren die Räder über den Körper des kleinen Wesselowski hinweggegangen und hatten ihm schwere Verletzungen zugefügt, an denen er bald darauf starb.

Wandsbek. Die Kakao-Kompagnie Reichardt gegen die Arbeiterbewegung. Im Februar 1910 war in einem Sprechsaalartikel im „Hamburger Echo" von der Organisation der Hamburger Bäckereiarbeiter über den Betrieb der Kakao-Kompagnie Theodor Reichardt in Wandsbek verschiedenes behauptet, durch das sich die Kakao-Kompagnie beleidigt fühlte. Sie verklagte den Bevollmächtigten der Bäcker und erwirkte gegen diesen und gegen den Verleger des „Hamburger Echo" eine einstweilige Verfügung, in der bei Strafe von 1200 Mk. für jede Übertretung, eine Wiederholung und Weiterverbreitung der in dem Sprechsaalartikel festgestellten Behauptungen untersagt wurde. Es fand dann gegen den Bevollmächtigten eine Beleidigungsklage vor dem Schöffengerichte statt, die mit einer Verurteilung des Bevollmächtigten zu 1000 Mk. Geldstrafe endete und über die in einem Gerichtsbericht im „Hamburger Echo" objektiv berichtet wurde. Auch die Wochenplauderei des „Hamburger Echo" beschäftigte sich mit der Gerichtsverhandlung. In beiden Publikationen wurden eine Reihe von Behauptungen aus dem Sprechsaalartikel vom Februar wiederholt. Auch die in der Druckerei des „Echo" hergestellte „Bäcker-Zeitung" brachte den Gerichtsbericht des „Echo". Die Kakao-Kompagnie beantragt deshalb gegen den Verlag des „Hamburger Echo" in drei Fällen die Strafe von je 1200 Mk. als verwirkt zu erklären. Das hanseatische Oberlandesgericht hat die Kakao-Kompagnie in einem Falle abgewiesen, mit der Begründung, daß für den Inhalt der bei ihr gedruckten, aber nicht verlegten „Bäcker-Zeitung" die Druckerei des „Echo" verantwortlich sei. In beiden andern Fälle ist die Strafe als verwirkt erklärt und das „Hamburger Echo" zur Zahlung einer Strafe von 2400 Mk. verurteilt worden. Es mag bei dieser Gelegenheit bemerkt werden, daß die Kakao-Kompagnie Theodor Reichardt in Wandsbek, die in einem großen Teil der deutschen Arbeiterpresse umfangreiche Reklame für ihre Fabrikate macht, nicht nur in der geschilderten Weise gegen die Arbeiterpresse und die Leiter der Arbeiterorganisationen vorgegangen ist, sondern auch in ihrem gesamten, außerordentlich großen Betriebe nicht einen einzigen organisierten Arbeiter duldet.

Kiel. Schiffsunglück. Bei dem Nordoststurm strandete an der Küste von Weißenhaus der Ewer „Gebrüder", nachdem sein Führer Schiffer Ebbers durch eine Sturzsee über Bord gespült und ertrunken war. Der übrigen Besatzung gelang es, schwimmend das Land zu erreichen, wo sie von der Gutsherrschaft aufgenommen wurde. Der Bergungsdampfer „Laboe", der an der Unfallstelle erschien, mußte unverrichteter Sache umkehren.

Cuxhaven. Ein Motorrettungsboot mit drei Matrosen in der Elbmündung untergegangen. Seit einigen Tagen herrschen auf der Unterelbe schwere Oststürme mit Hagel und Schneegestöber. Dieser Sturm, vereint mit dem niedrigen Wasserstand, hat zu einem großen Schiffsunglück geführt, über das wir bereits in der vorigen Nummer berichteten. Es war die Kollision des Dampfers „Excellent" mit dem englischen Dampfer „Chorley", wobei „Chorley" so schwer getroffen wurde, daß er bei Scharhörn auf Strand gesetzt werden mußte. Am Sonnabend abend gelang es mehreren Schleppdampfern, die Verbindung mit dem gestrandeten Dampfer herzustellen. Als dann sieben Schleppdampfer anzogen, brach die Schlepptrosse, worauf der Dampfer noch höher auf Strand trieb. Am Sonntag war es nicht wieder möglich, eine Verbindung mit dem Dampfer zu bekommen. Der Dampfer geriet nun in eine gefährliche Lage, worauf vom Feuerschiff 2 ein Motorboot mit den drei Matrosen Albers, Iglyns und Dettmering abging, um die Mannschaft von Bord zu holen. Das Boot ist dort aber nicht angekommen. Man nimmt an, daß es in einer Bö vollgeschlagen und untergegangen ist. Der Staatsdampfer „Neuwerk" hat das ganze Gebiet abgesucht, aber keine Spur von dem Boot oder den Insassen gefunden. Am Sonntagabend gelang es sechs Schleppdampfern, den „Chorley" abzuschleppen, worauf er im Tau von vier Schleppdampfern nach Hamburg geschleppt wurde. Der Dampfer hat durch das Aufsitzen schwere Schäden erlitten, so daß er betriebsunfähig wurde. Der Dampfer „Excellent" hat schwere Schäden am Bug und Vordersteven erlitten.

Standesamtliche Nachrichten

vom 19. bis 25. März 1911.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

15 März. Tischler W. G. A. Mohnke. Schlachter F. G. Falas. 16. Kesselschmied R. H. W. C. Chr. Westphal. Schiffszimmermann C. F. Wrigge (Ratzeburg). 17. Versicherungsbeamter H. A. W. J. Stein. Kutscher H. J. R. Arndt. 18. Bureauchef J. B. F. Sellenböhmer. Schiffskapitän F. A. H. Wolter. 19. Briefträger F. J. H. Ehlers. Eisendreher L. H. Evers. 20. Schmied F. C. H. Hinrichsen. 21. Schiffsoffizier K. H. G. Rögner. Oberschweizer F. Straubhaar (Strecknitz). Kaufmann F. Jürgensen. 22. Geschäftsreisender C. F. W. Wahren. 23. Gasheizer J. H. Ilbertz. Schuhmacher W. O. C. Krawaack.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

14. März. Maschinenschlosser H. J. C. Kupferschmidt. 15. Stanzer B. A. C. Stuff. 16. Seemaschinist A. J. C. Mesow. Heizer A. C. J. F. Jarmer. Verkäufer H. F. Gerds. 17. Arbeiter J. Ramczyk. Kaufmann A. O. W. Bechstedt. Opernsänger R. O. Pitzka. Arbeiter C. H. M. Kaley (Zwillinge). 19. Arbeiter M. A. Beth. Bahnwärter W. E. M. Meincke (Rohlfshagen). Knopfarbeiter H. C. J. Reimers. Straßenbahnwagenführer L. Grzeslak. 20. Briefträger W. A. F. Kempcke. 21. Maschinenschlosser P. H. W. Schneidewind. 22. Arbeiter K. H. F. Kroeger. Kaufmann H. Chr. R. M. Heidtmann. 23. Arbeiter R. A. Berszinski.

Angeordnete Aufgebote.

20. März. Tischler Chr. C. E. Bruhns und die Witwe S. D. L. A. L. Saueracker geb. Dühring. Maler J. C. M. Kahl in Schwerin und A. M. L. Westphal. 21. Arbeiter W. F. Mähl und A. C. F. Schröder. Kaufmann J. E. W. Propp und D. E. Klingemann in Celle. Buchhalter E. J. H. Schmal in Güstrow und J. A. J. B. Link. Maschinenschlosser W. G. J. Kindler und M. Woller. Tischler P. E. Ehler und J. E. W. L. Utescher. 22. Handlungsgehilfe K. E. F. Schulz und D. M. K. M. Schütt, beide in Altona-Ottensen. Kutscher W. G. P. Schmidt und A. A. L. Grzywacz. Handlungsgehilfe C. F. H. Ahrend und R. M. C. Spenke. Bureaubeamter W. W. O. Hirsacker und A. H. S. Boll. 23. Arbeiter H. K. Th. Kähler in Harburg und E. L. D. Meyer in Wilhelmsburg. Bureaubeamter H. W. Bade und B. M. C. Engel. Arbeiter H. Gradowski und F. E. A. Hinze. Lithograph R. A. Reinhold und H. J. H. Th. Berg. Haussohn K. O. Ahlf und A. Ahlf, beide in Ifensee. 24. Schlossergeselle K. W. Becker und M. F. W. Kalk, beide in Kiel. Telegraphenarbeiter W. H. Möller und E. H. F. A. Meincke in Stralendorf. Hauptmann im Infanterie-Regiment Nr. 43 G. M. Böhm in Pillau und M. H. Lehmann. Maschinist H. F. Beisert in Hamburg und D. A. E. Voss. Seemaschinist E. H. W. F. Hübenbecker in Kiel und F. D. M. Thiel. Arbeiter C. H. F. E. Bialkowsci und M. C. Boohse. Maler A. F. Meier und S. Chr. J. Fick. Arbeiter H. C. H. Siemers in Reinfeld und M. A. Feddern in Weddern. 25. Schmied P. F. W. Schult in Wismar und M. E. M. Holst. Elektromonteur O. A. H. Lange in Berlin und M. F. J. Günther in Kalkberge. Schutzmann C. J. W. J. Ewert und A. M. C. F. Maaß in Schönberg. Buchhalter H. M. Andersen in Buenos-Aires und H. Chr. D. Thomsen. Sergeant G. H. H. Timm und M. Chr. E. Dechau.

Eheschließungen.

21. März. Kaufmann J. Dittmer und D. C. C. Goldschmidt. 29. Hauptmann A. J. Ontl in Linz und E. Reuter. 24. Schuhmacher J. Wyei-ezok und C. F. Schröder. Schutzmann L. Chr. H. Thran in Hamburg und A. M. F. Boldt. 25. Expedient P. H. Simon Hagenström und E. R. Schmidt. Maurer C. R. H. Frohriep und F. J. M. Tuschke. Wäscher A. H. J. Hasenbalg und M. A. Chr. S. Haase. Arbeiter A. F. A. Lewitz und M. Chr. E. Roggenkamp. Arbeiter H. H. F. Köll und S. A. E. Dürkop. Arbeiter W. J. H. Goldschmidt und A. G. G. Fook.

Sterbefälle.

März. 18. Tischlerlehrling H. E. C. Schläfer, 16 J. 19. A. Chr. C. E. geb. Brockmöller, Ehefrau des Schneidermeisters G. H. Chr. Hornschuh, 75 J. Kaufmann und Konsul R. F. Michelsen, 55 J. J. J. H. Burmester, 2 Mon. Kaufmann J. H. A. Stooß, 61 J. Arbeiter J. H. M. Jahrandt, 82 J. S. D. E. geb. Dohnstein, Ehefrau des Malermeisters H. D. A. Lehmkuhl, 78 J. Zigarrenarbeiter J. P. Kleinfeldt, 55 J. 20. Arbeiter J. H. L. Schnoor, 65 J. H. Th. K. Behrens, 8½ Mon. Schlosser H. F. Hoffmann, 61 J. C. W. A. geb. Rathsack, Ehefrau des Sekretärs der Landesversicherungsanstalt G. V. E. Engelke, 68 J. 21. Ein totgeborenes Mädchen, V.: Arbeiter J. H. K. H. Gierhan. Ein totgeborener Knabe, V.: Chauffeur J. H. G. Brockmöller. Ein Mädchen, 2 Tage, V.: Bahnwärter W. E. M. Meincke. 22. S. D. M. geb. Klempau, Witwe des Arbeiters J. H. Chr. Groth, 84 J. J. E. A. Schnügger, 4 M. A. C. M. geb. Schultz, Witwe des Brauers J. C. Jessen, 73 J. W. K. H. Jenssen, 10 J. Anita F. J. Porath, 1 M. H. G. Dunkelmann, 5 M. Ch. L. E. geb. Robert, Ehefrau des Kaufmannes W. Harringer, 37 J. 23. S. M. D. Maß, 67 J. S. C. J. geb. Westfehling, Witwe des Hökers J. H. G. Binder, 84 J. 24. R. M. M. Höppner, 3 J. J. K. geb. Hansen, Witwe des Arbeiters H. Berg, 54 J. Schneider Chr. G. Richter, 73 J. Tischler D. J. Rohde, 54 J. Früherer Bootsmann C. J. H. Jennerich, 77 J. C. M. D. geb. Thiess, Ehefrau des Privatmannes Chr. H. J. Ehmcke, 74 J. W. J. H. Müller, 3 J. 25. Ein totgeborenes Mädchen, V.: Arbeiter J. W. H. C. Scharnweber. C. M. S. geb. Krellenberg, Witwe des Schneiders C. H. Mette, 81 J. M. D. E. geb. Barg, Ehefrau des Arbeiters J. Krengel, 46 J.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Zu Ostern

beenden wieder Tausende von Handlungslehrlingen ihre Lehrzeit und viele junge Mädchen treten als jugendliche Angestellte in kaufmännische Geschäfte ein. Da ist es Zeit, dafür zu sorgen, daß diese jungen Leute nicht jenen kaufmännischen Vereinen zum Opfer fallen, von deren Anhängern die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ständig bekämpft und beschimpft wird. Heute kann man leider immer noch sehr oft beobachten, daß auch Arbeitersöhne und -töchter, die als Handlungsgehilfen tätig sind, sich aus Unerfahrenheit von jenen arbeiterfeindlichen Vereinen ins Schlepptau nehmen lassen. Die Arbeiter sollten daher nicht die Gelegenheit versäumen, ihre Kinder und Geschwister aufzuklären, daß, soweit sie als männliche und weibliche Handlungsgehilfen tätig sind, oder im Versicherungsgewerbe beschäftigt werden, der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen die zuständige Organisation ist. Dieser Verband kämpft für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage seiner Berufsgenossen, und zwar Schulter an Schulter mit den Arbeitern anderer Berufe. Anmeldungen nimmt entgegen

Robert Schmidt, Lübeck, Lindenstr. 48.

Genossenschaftsbewegung.

Der Kampf der Kohlenhändler um den Profit. Die Kohlenhändler lieben es, sich trotz ihrer Allhängigkeit von den Syndikaten, die viele von ihnen zu bloßen Agenten macht, stets als die tüchtigen, weitblickenden Kaufleute aufzuspielen. Nichtsdestoweniger jammern sie bei jeder Kleinigkeit in echter Krämerweise über die „unberechtigte Konkurrenz". Wie weit ihre Organisation, der Zentralverband der Kohlenhändler, in der Kleinlichkeit geht, zeigt sein Arbeitsprogramm, das die „Deutsche Kohlenzeitung" veröffentlicht. Daraus ersieht man, daß die Herren genau nachschnüffeln, ob ein Raiffeisen-Verein oder eine andere Genossenschaft nicht an Nichtmitglieder liefert. Wie die Herren dem Mittelstande zu Hilfe kommen, zeigt folgender Passus:

Gegen den gemeinschaftlichen Kohleneinkauf der Bäcker, Schmiede und anderer freien Berufe haben wir nicht nur bei den Innungen und Innungsorganen, sondern auch bei den Handels- und Handwerkskammern protestiert und dabei auf die Inkonsequenz solcher Handlungsweise hingewiesen. Auch Handwerker protestierten wiederholt gegen den gemeinschaftlichen Wareneinkauf der Beamten. Was dem einen Teil recht ist, muß dem andern billig sein.

Der Mittelstand soll also für den Profit der Herren Kohlenhändler sorgen. Vielleicht geht den Bäckern und anderen dadurch ein Licht auf, in welcher Gesellschaft sie sich im Kampfe gegen die Konsumvereine befinden. Auf derselben Höhe steht der Kampf gegen den gemeinsamen Kohleneinkauf städtischer Behörden. Es heißt dort:

Wir wandten uns wiederholt gegen gemeinsamen Kohleneinkauf städtischer Behörden und der Anstalten eines ganzen Landes oder Distrikts. Es ist hierbei an Hessen zu erinnern, welches eine staatliche Kohleneinkaufszentrale für alle Behörden schuf. Selbst ein mündlicher Protest beim hessischen Finanzminister fruchtete nichts.

Jede direkte Lieferung seitens der Kohlen- und Koksproduzenten ist den Herren natürlich aufs äußerste verhaßt. So protestieren sie gegen die direkte Lieferung durch fiskalische Werke an Genossenschaften; sie machen aber auch, wie es heißt, laufend die Gasanstalten auf das Ungerechte einer Übergehung des Handels beim direkten Koksverkauf an das Publikum aufmerksam. Zum mindesten verlangen sie von den Gasanstalten, daß sie zu Detailpreisen liefern, „die dem Kohlenhandel einen angemessenen Verdienst lassen". Diese Forderung richtet sich gerade gegen die Allerärmsten, denn wenn jemand aus den bemittelten Schichten direkt von der Gasanstalt Koks bezieht, bezieht er ihn in ganzen Wagenladungen. Die Abgabe von Brennmaterial durch industrielle Werke an ihre Arbeiter ist den Herren natürlich ebenfalls ein Dorn im Auge. Sie behaupten, daß sie hiergegen mit vielem Erfolge Front gemacht hätten, während sie sich bei Behörden darauf beschränken müssen, die einzelnen Arbeiter zu bespitzeln, ob sie nicht an einen Bekannten von dem billig erworbenen Brennmaterial abgeben. Gegen den gemeinsamen Kohlenbezug von Beamten läßt sich zum größten Leidwesen der Kohlenhändler nichts machen, dafür versuchen sie es hier mit Anzeigen bei der Steuerbehörde.

Über das Täuschungsmittel des Rabatts macht die „Allgemeine Zeitung" in Berlin vom 28. Februar 1911, das Organ einer Beamtenorganisation, folgende Ausführungen:

Es gibt Stadtteile in den Großstädten, wo kaum ein Geschäft ohne Rabattmarken existieren kann. Wenn das Publikum glaubt, etwas dabei zu profitieren, so täuscht es sich. Der Rabatt sind für den Geschäftsmann einfach Spesen, die er sich beim Preisansatz für seine Ware mitkalkuliert, aber das Publikum freut sich am „Sparen", und die Geschäftswelt hat weiter keinen Schaden davon, als daß sie für eine Reihe von „Direktoren", „Geschäftsführern" und Bureaubeamten die Gehälter vermittels der Rabattmarken heranschaffen muß, wobei natürlich auch die Kundschaft ihren Anteil zahlt.

Demnach sind, vorausgesetzt, daß alles ehrlich zugeht die Rabattsparvereine zum mindesten wirtschaftlich völlig wertlose Gebilde. Bei der Gründung der Vereine wurde oft hochtrabend verkündet, daß man „durch Beschaffung guter und billiger Waren Ersparnisse für die Mitglieder" erzielen wolle. Aber in Wahrheit übernimmt der Verein gar nicht die „Beschaffung" von Waren, noch auch kümmert er sich um deren Beschaffenheit und Preise. Es fehlt den Rabattsparvereinen das genossenschaftliche Merkmal des gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes. Die Geschäftsleute lassen sich einfach für diese Vereine pressen durch die Befürchtung, daß ihnen die Kundschaft sonst zu dem Nachbar läuft, der Rabatt gibt.

Die Methoden des Rabattsparwesens sind verschieden: entweder bezahlen die Käufer die Waren mit Vereinsmarken, oder die Geschäftsleute geben den Käufern Sparmarken. In beiden Fällen rühmen sich die Vereine, daß sie ihre Mitglieder zur Bezahlung erziehen, was aber für großstädtische Verhältnisse eine recht überflüssige Erziehung ist, denn heutigen Tages ist die Barzahlung, zumal bei den kleinen Leuten, überwiegend.

Demnach fällt auch dieser erziehliche Vorteil der Rabattsparvereine fort; bleibt also nur die Freude der Hausfrauen an der Einkassierung ihres Guthabens zur Weihnachtszeit. Wenn die Frauen aber genau rechnen wollten, so würden sie erkennen, daß sie ihr Guthaben reichlich teuer bezahlen und daß sie viel besser tun, wenn sie das Geld, das sie sparen wollen, auf eine richtige Sparkasse bringen. Diese Erkenntnis wird ja wohl noch kommen, wenn auch langsam, und niemand wird sich mehr darüber freuen als die Geschäftsleute, die jetzt gute Miene machen, wiewohl ihnen das Spiel sehr übel scheint. Ein Geschäftsmann muß eben immer gute Miene machen, auch wenn die geehrte Kundschaft noch so unvernünftig ist. Das ist nun einmal Lauf und Kauf.

Das ist nicht neu, aber die Wahrheit reitet nun einmal langsam und muß oft wiederholt werden, ehe sie die Köpfe der Rabattmarkengläubigen erobert. Es schadet daher nichts, wenn auch an dieser Stelle die alte Lehre noch einmal in neuer Form vorgetragen wird.

Schiffsnachrichten.

Schiffsbewegungen.

D. Svea, Kapt. Sonesson, ist gestern vormittag 9 Uhr von Kalmar auf hier abgegangen.

D. Arkona, Kapt. Benitz, ist Sonntag früh von Königsberg auf hier abgegangen.

D. Rhea, Kapt. Hiller, ist gestern vormittag in Rotterdam angekommen.

D. Elbe ist gestern mittag von hier in Reval angekommen.

Briefkasten.

F. H. Strafrechtlich können die betr. Personen leider nicht belangt werden.

Zwei streitende Arbeiter. Streng wissenschaftlich genommen ist der Kaufmann nicht produktiv tätig. Er vermittelt die Distribution, d. h. die Verteilung der von anderen Personen erzeugten Waren. Er schafft also keine Werte.

Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein:

Vom Verband Deutscher Metallarbeiter 200 Mk.
Von organisierten Handlungsgehilfen . . 16 „

Das Parteisekretariat.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Jugend-Ausschuß.
Donnerstag abend 8½ Uhr: Sitzung im Gewerkschaftshaus.

Jochen! Ein donnerndes Hoch zum Geburtstag. Giwst du dat Fättgen nich, krigst Du de Frida nich. Mikra.

Ges. z. 1. Juli eine **Drei-Zimmer-Wohnung** in Nähe der Hansastr. oder Steinrader Weg.
Ang. u. **W 48** an die Exp. d. Bl.

Zum 1. Juli **eine Drei-Zimmer-Wohnung** zu vermieten
Schützenstraße 52 a.

Gesucht zum 1. Juli event. früher **eine Zwei-Zimmer-Wohnung, pt.,** Nähe Mittelstraße.
Ang. m. Pr. u. **P** an die Exp.

Zum 1. April
ein Hausbursche gesucht
Freie Station und Lohn.
Fritz Kruse, Schüsselbuden 32.

Eine saubere Frau empfiehlt sich zum Stopfen und Flicken im Hause Engelswisch 20/1.

Wo kann ein junges Mädchen die **Blumenbinderei** erlernen?
Ang. u. **L 10** an die Exp. d. Bl.

Ein starkes Fahrrad
zu verkaufen Westhoffstr. 31, I., r.

Flaschen-Korkmaschine
gut erhalten, preiswert zu verkaufen
Gr. Burgstraße 39.

Ein fast neuer Spiegelschrank mit Spiegel preiswert zu verkaufen
Doroteenstr. 14, II.

Ein Sportwagen
zu verkaufen Gr. Kiesau 11, I.

Kinderwagen, fast neu, hell, Nickelfedern, billig zu verkaufen
Geverdesstraße 51 a, pt.

Zu verkaufen **ein Kinderwagen** mit Gummireifen
Engelswisch 23 5.

Zu verkaufen ein guterh. **Kinderwagen** mit Gummiräder u. Nickel
Böttcherstraße 20, I.

Festsitzende **Orpington-Glucken, Wachsbohnen** z. Saat, Pfd. 40 Pfg. zu verkaufen. Drögestraße 11.

Jung. kräftig. Kaninchenbock
weiß mit grau, gutes Zuchttier, billig abzugeben. Schmiedestr. 26.

Unter alte emaillierte Töpfe werden **neue emaillierte Böden** gesetzt.
Mengstraße 19.

Haar-Flechten, -Unterlagen, sowie sämtl. Ersatz fertigt auch von ausgek. Haar billigst an **W. Pusback,** Hüxstr. 43. Zahle höchste Preise f. ausgek. Haar.

Flechten-Unterlagen und sämtliche **Haararbeiten** fertigt billig an, auch von ausgekämmtem Haar. **F. W. Lichtenstein,** Gr. Burgstraße 11.

Eier
10 Stück 60 Pfg.
Wilh. Kalm
Schüsselbuden 3,

E. Boy, Königstr. 61. F. 1811. Markthallst. 46.
Mittwoch frisch eintreffend:
Seelachs, Kabeljau, Dorsch, Hamburger Schollen, Schellfische, Rotzungen, Zander, lebende Hechte.

Joh. Cordts, Parinerstr.
Empfehle

Prima	Ochsenfleisch	Pfd. 75	Pfg.
„	Schweinefleisch	„ 70	„
„	Karbonade	„ 90	„
„	Hackfleisch	„ 90	„
„	ff. Schmalz	„ 80	„
„	Ochsentalg	„ 40	„

Verloren e. gold. **Pincenez** m. Futt., von der Lützowstraße, Burgtor bis Kohlmarkt. Abzugeben gegen Belohnung Lützowstraße 34

Hiermit nehme ich die beleidigenden Worte, die ich Sonntag gegen Herrn Bernhard Rose gesprochen habe, zurück. **J. Cordts.**

Prima Sohlleder
sehr haltbar, in Häuten u. im Ausschnitt, billigst.
C. Kahns, Mengstraße 5.

Zum Wohnungswechsel!

Wir bitten diejenigen Leser unserer Zeitung, die ihre Wohnung wechseln, ihre neue Adresse nicht nur dem bisherigen Austräger mitzuteilen, sondern auch unserer Expedition übermitteln zu wollen.

Wohne jetzt:

(Straße) _____ Nr. _____

und verziehe am _____

nach (Straße): _____ Nr. _____

(Name) _____

Bitte ausschneiden, ausfüllen und einsenden!

Wegen Umbau und Neueinrichtung bleibt unser Lokal bis Mitte April geschlossen.
Hansa-Automat.

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
Uebernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. ✻ Billigste Preise.

Schweinefutter.
Abfallmilch, Spülmilch, alte Buttermilch . . . . . Liter 4 Pfg.
Molken (Wal) . . . . . „ 1 „
Ueber 100 Liter wesentlich billiger.
Hansa-Meierei, Lübeck.

Empfehle
zu den bevorstehenden Festtagen
meinen in eigener Rösterei mit elektrischem Betrieb vorzüglich gebrannten
Kaffee
Pfd. zu Mk. 1.30, Mk. 1.40, Mk. 1.60, Mk. 1.80 und Mk. 2.00.
Mocca Pfund zu Mk. 2.20.
Gebe rote Lubeca-Marken.
Fritz Kruse
Schüsselbuden 32.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgrube.

Das echte Hansa-Puddingpulver
liefert nicht nur eine köstliche und höchst nahrhafte Nachspeise, man erhält auch obendrein noch für 50 ausgeschnittene Hansa-Bons 1 grosse Dose ff. Kakes gratis.

Friedrich-Franz-Halle.
Morgen Mittwoch, d. 29. März:
4. Familien-Ball.
Anfang 8 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
Ludw. Stamer.

HANSA THEATER
Beginn d. Konzerts 8 Uhr.
Anf. d. Vorstellung 8¼ Uhr.
Gastspiel
des berühmten
Sylvester Schäffer jr.
und das übrige Programm.
Vorverkauf bei Sager.
Kohlmarkt.

Stadthallentheater.
Donnerstag, 30., u. Freitag, 31. März abends 8¼ Uhr:
Letzte 2 Vorstellungen!
Bei halben Preisen!
Gastspiel des
Fritz-Steidl-Ensembles!
mit P. Linckes Sensationsschl.
Halloh!
Die große Revue!
Sensationeller, durchschlagender Erfolg!
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei **Nagel,** Markt 14, und **Roß,** Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.
Mittwoch, 29. März. 8¼ Uhr.
Außer Abonnement.
Bei kleinen Preisen.
Gastsp. d. Fritz-Steidl-Ensembles
Holloh!
Die große Revue!
Sensationsschlager v. Paul Lincke.
Donnerstag, 30. März. 7½ Uhr.
3. Vorstell. im Mozart-Zyklus.
Erhöhte Preise!
Letztes Gastsp. des Kammersängers
Paul Knüpfer
Die Entführung aus dem Serail.
Oper von W. A. Mozart.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 74. Dienstag, den 28. März 1911. 18. Jahrg.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 27. März 1911.

Der Wortführer Dimpker eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 25 Min.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des

Voranschlags über die Einnahmen und Ausgaben für das Rechnungsjahr 1911.

Es folgt der Titel

Badeanstalten.

Hierzu liegen drei Eingaben vor: Vom Verein für Schulgesundheitspflege, vom Philologenverein und vom Ärztlichen Verein.'

Dr. Jak. Meyer erinnert daran, daß die Frage der Erbauung einer Schwimmhalle bereits seit 14 Jahren schwebe. Die Verbesserung der Badeverhältnisse sei sehr langsam vorgeschritten. Seit dem ersten Projekt seitens des Senats sind 9 Jahre dahingegangen. Die Rentabilitätsberechnung einer späteren Vorlage ergab einen jährlichen Überschuß von 3000 Mark., bei nochmaliger Prüfung wurde aber ein Defizit im Betrage von 12 000 Mk. herausgerechnet. Prinzipielle Gegner sind gegen das Schwimmhallenprojekt nicht aufgetreten. Schließlich zog der Senat das Projekt wieder zurück, weil die Landesversicherungsanstalt das in Aussicht gestellte Geld zu einem niedrigen Zinsfuß nicht hergab. Ein abermaliges Projekt seitens des Senats verlangte als Bausumme über 500 000 Mk. Die Bürgerausschußkommission prüfte das Projekt und wollte dann gleich zwei Schwimmhallen erbaut wissen, die 698 000 Mk. verschlungen hätten. Schließlich wurde der ganze Senatsantrag abgelehnt. Am 11. November 1908 zog der Senat seine Vorlage zurück. Seit dieser Zeit haben sich die Verhältnisse sehr geändert und die Notwendigkeit der Errichtung einer Schwimmhalle in den Vordergrund geschoben. Die Schwimmhalle muß so angelegt werden, daß sie leicht erweitert werden kann. Dazu würde sich das Projekt des Architekten Meyer in Gießen am besten eignen. Die Rentabilität wird sich sicher ergeben, das beweist die große Zahl der Badenden in unsern Flußbadeanstalten, die sich ständig erweitert. Es ist jetzt an der Zeit, an den Senat das Ersuchen zu richten, mit einem Projekt an die Bürgerschaft zu kommen.

Senator Rabe: Die Eingaben sind auch an den Senat gelangt und an die Baudeputation weitergegeben worden.

Dr. Eschenburg ist mit den Ausführungen des Dr. Meyer durchaus einverstanden.

Buchwald wendet sich gegen die Vorredner. Badegelegenheit und Schwimmhalle müßten unterschieden werden; die letztere sei nur der Wunsch einer kleinen Zahl. Die Verhältnisse hätten sich keinesfalls geändert, nur die finanziellen Verhältnisse sind ungünstiger geworden. In den nächsten Jahren werden wir dann wieder zu den 20 Proz. Zuschlag zur Einkommensteuer kommen und schließlich wird die Gewerbesteuer auch erhöht werden. Die vergleichsweise angeführten Städte können gar nicht in Betracht kommen. Man soll mehr an den Gemeinsinn der Bewohner appellieren; unsere Vorfahren haben sich da im besseren Lichte gezeigt. Wenn die Rentabilität einigermaßen günstig ist, hat die Privatunternehmung doch gar kein Risiko. Der Versuch des Privatunternehmens muß einmal gemacht werden; dann kann der Staat ja den Platz hergeben und vielleicht einen jährlichen Zuschuß. Bauen kann der Privatunternehmer gewiß billiger als der Staat. Den Antrag von Dr. Meyer bitte ich nicht an den Senat zu bringen.

G. Ehlers: Ich unterstütze die Ausführungen des Herrn Dr. Meyer, denen jedermann nur zustimmen kann. Herr Buchwald hat an den Gemeinsinn der Bevölkerung appelliert und gesagt, man solle nicht alles vom Staate verlangen. Diese Rede hätte Herr Buchwald besser bei der Musikvereinsvorlage halten können, denn dort kommt doch nur ein kleiner Kreis in Betracht. Die von Herrn Buchwald angenommene Zahl Benutzer kann nicht zutreffend sein. Wenn wir die Badefrequenz betrachten, können wir eine stete Zunahme verzeichnen, die wächst, sobald sich mehr Badegelegenheit bietet. Die Frequenz hat nicht nur Schritt gehalten mit der Bevölkerungszunahme, sondern sich prozentual mehr, weit mehr gehoben. Den gemeinnützigen Vereinen sollte nicht alles aufgeladen werden. Die Rudergesellschaft, die Herr Buchwald anzog, ist eine Einrichtung, die für die Volksgesundheit nicht in Frage kommt; mit ihr darf man die Schaffung von Badegelegenheit nicht vergleichen. Ich habe in einer früheren Sitzung schon gesagt, daß der Lübecker Staat hier etwas versäumt hat was längst hätte gemacht werden müssen. In St. Lorenz, wo Tausende von Arbeitern und andere Bevölkerungsschichten wohnen, ist auch die Badegelegenheit sehr primitiv. Was dort vorhanden ist, ist völlig ungenügend. Es handelt sich nicht darum, eine Badegelegenheit nur für die Schwimmlustigen zu schaffen, sondern weil uns eine richtige Badegelegenheit im Winter überhaupt fehlt, muß dem Antrage zugestimmt werden. Herrn Buchwals Hinweis auf andere Städte ist nicht richtig, denn erstens haben wir uns nicht nach den Städten zu richten, die das nicht haben was wir auch nicht besitzen, sondern nach denen, die uns gegenüber fortgeschrittenere Einrichtungen haben. Kein Bürgerschaftsmitglied wird bestreiten, daß diese Einrichtung im Interesse der Volksgesundheit notwendig ist. Herr Buchwald hat ferner behauptet, Itzehoe habe nur deshalb eine Badeanstalt gebaut, weil sonst keine Gelegenheit zum Baden vorhanden sei. Das trifft ebenso wenig zu wie mit Hamburg, wo nach Herrn Buchwald die Entfernung sonst zu groß wäre. Letzteres ist zum Teil auch bei uns der Fall; der Staat muß dem Volke für die Steuergroschen auch etwas bieten, man hat doch auch Geld für andere Sachen, die weniger notwendig sind. Die finanziellen Gesichtspunkte des Herrn Buchwald treffen hier daneben. Wenn er nach 15–20 Jahren noch leben sollte, was ich ihm wünsche, wird er noch das gleiche sagen. Im Interesse der Bevölkerung sollte dem Antrage des Herrn Dr. Meyer stattgegeben werden.

Coleman: Die vorliegenden Eingaben sind zu einem ungünstigen Zeitpunkt gekommen. Wir wissen nicht, ob die Gewerbesteuer den Ertrag bringen wird, den wir für den neuen Beamtenetat gebrauchen. Das Projekt wird uns sehr schwer belasten, der Fehlbetrag ein sehr hoher werden. Die Rentabilität bei Volksbadeanstalten ohne Schwimmhalle ist schon zweifelhaft, wenn es sich auch z. B. in Kiel ergab, daß sie sich von Jahr zu Jahr etwas günstiger gestaltete, ohne die Kosten jedoch ganz zu decken. Gerade die großen Ausgaben für Wasser und Kohlen der Schwimmhalle machen das Defizit enorm; ich rechne 20–30 000 Mk. Fehlbetrag heraus. Hat es so lange mit der Sache gedauert, kanns auch noch 2 oder 3 Jahre länger dauern. Die Einkommensteuer können wir nicht weiter erhöhen. Dies müßte mit der Gewerbesteuer geschehen. Lehnen Sie das Ersuchen ab.

Heinsohn: Die ganze Sache hat einen eigenartigen Verlauf genommen; hohe Begeisterung und Resignation wechselten ab, ein Zeichen, daß viel erwogen wurde. Außer der Schwimmhalle werden wir in den Vorstädten Badegelegenheiten schaffen müssen. Die gleichen Herren, die uns mit den Steuern schrecken, bewilligen manchmal Ausgaben, die andere auch nicht für gut finden.

Buchwald: In dem Wunsche für mein langes Leben bin ich mit Herrn Ehlers einverstanden, dagegen bin ich, daß man immer an den Staat kommt. Bei der äußersten Linken liegt die Sache anders, da liegt es wohl im Programm alles vom Staat zu fordern. Gegen das Projekt bin ich nicht, nur gegen die Übernahme durch den Staat.

Dr. Jak. Meyer wendet sich gegen Coleman, dessen Einwände schon früher widerlegt seien. Es gibt bereits keine Stadt von der Größe Lübecks, die keine Schwimmhalle hat. Herrn Buchwalds Einwand, warum gerade der Staat alles machen soll, ist nicht zutreffend. Die gute Funktionierung ist bei einer solchen Badeanstalt von großer Wichtigkeit und kann vom Staate besser gefördert werden als von einem Privatunternehmer. Redner führt Städte an, deren Betriebe Überschuß abwerfen oder nur geringen Zuschuß erfordern. Es wird immer Leute geben, die finanzielle Bedenken vorbringen. Der Hauptfaktor: Förderung der Volksgesundheitspflege ist gar nicht in Geld umzusetzen. Wir haben eine Rentnerpolitik eingeschlagen, um Leute nach Lübeck zu ziehen, deshalb müssen wir auch gute Einrichtungen treffen. Redner stellt einen entsprechenden Antrag an den Senat.

Senator Dr. Fehling: Vom Präses des Finanzdepartements sind die Äußerungen des Herrn Buchwalds keineswegs zurückgewiesen worden, was ich hiermit feststellen möchte.

Grünau tritt gleichfalls für die Schwimmhalle ein. Wenn sich auch für die ersten Jahre kein Überschuß ergibt, so ist der Staat doch dazu verpflichtet, eine Badeanstalt zu errichten, die alle erforderlichen Einrichtungen in sich schließt. Das Schloß Rantzau ist doch zu diesem Zwecke angekauft.

Buchwald: Das Schloß Rantzau ist keinesfalls zum Zwecke einer Badeanstalt angekauft, es wurde seinerzeit dies ausdrücklich hervorgehoben. Redner tritt nochmals für die private Errichtung ein.

Der Antrag von Dr. J. Meyer wird abgelehnt.

Grünau verwahrt sich dagegen, daß die Seebäder in Travemünde für Lübecker und Travemünder verteuert werden; Auswärtige könnten allerdings mehr bezahlen. Die Preise für die Privatbäder sind viel zu teuer, die Aufsicht ist ungenügend. Die Privatbäder sollten als Volksbäder eingerichtet und ganz freigegeben werden, höchstens ein ganz geringer Preis dürfe erhoben werden. Die jetzige Kartenabgabe muß abgeändert und Abonnementskarten müssen ausgegeben werden.

Senator Rabe: Eine gewisse Beschränkung der Privatbäder muß im Interesse des Publikums bestehen. Es wird stets versucht, dem Allgemeininteresse zu dienen. Die meisten Ausführungen des Redners sind unverständlich.

Böbs: Unsere Behörden arbeiten nicht immer miteinander Hand in Hand. Sonst könnte doch nicht Boden von Lübeck nach Travemünde geschafft werden, denn der ist doch auch dort vorhanden. Diesen Boden hat übrigens die Lübeck-Büchener Bahn für sich verwendet.

Senator Rabe: Die Lübeck-Büchener Bahn hat von ihrem eigenen Terrain Boden weggefahren, da kann sie machen was sie will.

Grünau: Gerade, weil die Seebadeanstalten überlastet sind, müssen die Privatbäder freigegeben werden. Und weil diese Bäder nicht den Komfort aufweisen wie die Seebäder, müssen sie billiger sein, denn es muß ja auch noch Fährgeld bezahlt werden. Nach 6 Uhr ist die Zeit für die Volksbäder zu spät. Klagen an die Behörden kommen natürlich immer zuletzt, aber sie existieren schon lange.

Senator Rabe: Wenn die Leute ein Jahresabonnement nehmen, können sie in der Badeanstalt billiger baden als auf dem Privatt. Eine eigene Konkurrenz sollten wir uns auf dem Privatt nicht schaffen.

Meincke (Travemünde) wünscht die Travemünder mindestens gleichgestellt mit den Beamten der Lübeck-Büchener Bahn und den Postbeamten, die 50 Proz. Ermäßigung genießen. Die Musiker sollen ganz umsonst baden. Um die Einnahmen zu vergrößern, können diese nun auch bezahlen, sie haben ja eine Gehaltserhöhung bekommen. Redner stellt ferner fest, daß die Behauptungen des Herrn Böbs richtig seien. Das Finanzdepartement habe tatsächlich das Wegfahren des staatlichen Bodens erlaubt. Die Bahnverwaltung habe allerdings gesagt, wenn im nächsten Jahre die Regulierung stattgefunden, könnten wir den Boden wieder haben.

Senator Rabe widerspricht dem Vorredner. Nach der Erdbewegung ist uns Boden wieder zugesichert.

Die Vagabunden.

Von Karl v. Holtei.

(17. Fortsetzung.)

Unterdessen hatte Theodors Kutscher den großen Stuhlwagen vor die Laube am Schlosse gelenkt. Seine vier Pferde, welche der Liebenauer Gasthafer stach, wieherten voll Ungeduld. Doch nur acht Jünglinge bestiegen die Sitze. Des Pastors Söhne blieben, wie sich ja von selbst versteht, über die Herbstferien bis zur Abreise nach H. beim Vater. Und Theodor — wollte auch bleiben. Sein Kutscher war beauftragt, statt der Person des Sohnes ein Briefchen desselben an Herrn van der Helfft mitzunehmen und am nächsten Tage mit einem zweispännigen, leichten Wagen und einem Koffer voll Wäsche und Kleider wieder nach Liebenau zurückzukehren. Theodor gab vor, alles recht genau in Augenschein nehmen zu wollen, und es sei, meinte er, die Ausdehnung des Besitztums zu bedeutend, um es mit einigen flüchtigen Spazierritten abzutun.

Onkel Nasus triumphierte. „Man müßte ja doch ein komplettes Stück Rindvieh sein, wenn man zweifeln könnte, daß er um Tieletunkes willen bleibt. O, wir haben ihn! Wir haben ihn!! Und das Satansmädel stellt sich an, als wolle sie nichts von ihm wissen!"

Nicht allein Onkel Nasus, — der eigentlich nicht nötig gehabt hätte, sich selbst eine Nase zu drehen, da er in diesem Punkte schon so glorreich versorgt war! — auch Ottiliens Schwestern wie des Pastors Söhne ließen sich durch Theodors vielsagendes Schweigen täuschen und gaben sich der Meinung hin, zwischen ihm und der stolzen Spröden bilde sich im geheimen ein dauerndes Verhältnis, welches ihn an Liebenau fessele. Ottilie fand es entweder nicht der Mühe wert, sie sämtlich zu enttäuschen, oder sie schwieg zu jeder noch so zarten Anspielung, nur damit ihr Vater nicht fürder in sie dringen möge; oder schien es ihr gelegen, unter dem gleißnerischen Mantel einer keimenden Neigung für den jungen Sohn des reichen Mannes die längst verborgene Blume strafbarer Liebe noch besser als bisher verbergen zu können? Das letztere hauptsächlich in zarter Rücksicht für Anton, dem sie durchaus die Wahrheit nicht zeigen wollte, teils aus Stolz, denn sie schämte sich ihrer, teils aus Liebe, denn sie wollte ihn durch unerfüllbare Hoffnungen nicht unglücklich wissen.

Anton glaubte denn auch mit herzdurchschneidender, martervoller Wonne der Eifersucht, daß Theodor sein beglückter Nebenbuhler sei, und gab sich den Qualen dieser wahnsinnigsten aller Leidenschaften mit Wollust hin. Dabei jedoch bezweifelte seine reine Seele, daß ihre Gefühle auf würdige Weise erwidert würden, denn er gedachte des Auftrittes mit Bärbel! Und doch wieder fand er im eigenen Busen und im eigenen Schuldbewußtsein die Möglichkeit, daß ein unerfahrener Jüngling hier liebend anbeten und dort zitternd begehren könne: beides zugleich! Und wenn etwas Ähnliches bei ihm möglich gewesen, warum sollte es bei dem welterfahrenen Sohne der großen Stadt unmöglich sein? Was er in sich durchkämpfen mußte, ohne mit einer Äußerung des Vertrauens seinem gepreßten Herzen Luft machen, ohne sich einem befreundeten Wesen seines Alters mitteilen zu dürfen, peinigte den armen Jungen, vorzüglich in schlaflosen Nächten, dermaßen, daß er sich bisweilen den Tod wünschte und geradezu den schwarzen Wolfgang beneidete um sein Ruheplätzchen in der Kirchhofsecke.

Ja, die schlaflosen Nächte!

Es ist ein großer Segen für die Jugend, daß sie so willig und gut zu schlafen versteht. Der Schlaf ist nicht nur dienlich zur Stärkung ermüdeter Glieder, auch als Tröstung für Leiden bleibt er unschätzbar. Und wie oft legt sich ein Jüngling, sein Kopfkissen mit Tränen befeuchtend, nieder; voll von schwermütigem Liebesgram seufzend, gleich einer alten Kirchturmsfahne im Abendwind, — ehe noch fünf Minuten vergangen, schläft er wie ein Sack und verschläft neun Zehnteile alles Jammers. Wenn es erst so weit kommt, daß er nach einem Stündchen unruhigen Schlummers aufschrickt, völlig munter wird und dann die Sekunden zählt, bis nur wieder ein Tag anbrechen will . . . dann steht es übel mit ihm.

Auf diese Weise vergingen unserem Freunde verschiedene Nächte, — schlichen ihm dahin seit dem Erntefeste. Wolfgangs Leiche, — Bärbel mit den Goldstücken in der Hand, — Theodor auf dem Schlosse, — Ottilie neben ihm, — Onkel Nasus ein schwarzes Pflaster im Gesicht, — Pastors Magd mit der Stallaterne, — diese drei Paare tanzten, sobald er die Augen zu schließen versuchte, einen Walzer um ihn her, wozu er selbst auf Carinos Geige aufspielen mußte; dann wollten seine Finger nicht gehorchen, und das Bemühen, sie zu regen, weckte ihn aus schon begonnenem Schlafe immer wieder auf. Vergaß er sich und suchte er durch einen tiefgeschöpften seufzerähnlichen Atemzug die Brust zu erleichtern, fragte die Großmutter aus ihrem Stübchen in die Kammer hinein: „Schläfst Du, Anton?" Worauf er jedesmal, sie zufriedenstellend, erwiderte: „Ja, Großmutter, sehr gut."

Wie ungeduldig heftete sich sein blaues Auge ans Fensterlein neben der Lagerstätte, die Nacht da draußen zu befragen, ob sie denn nicht bald dem lieben Tage Raum gönnen wolle, damit man zur Arbeit schreiten und sich an ihr zerstreuen könne. Denn bei Nacht durfte er nicht aufbleiben, das litt Mutter Goksch durchaus nicht.

Eine Nacht nun wollte gar kein Ende nehmen. Zweimal schon hatten finstere, quälende Träume, wie der Alp drückend, ihn erweckt, und noch keine Spur von Morgendämmerung! Da wendet er sich abermals nach dem kleinen Fenster hin und flüstert: „O, ihr goldenen Sterne, seid ihr denn eurer so viele auf Erden, als ihr dort oben flimmert? Und leben auf euch auch so vielerlei Menschen? Und machen sich die auch so vielerlei Kummer und Not? Dann weiß ich wirklich nicht, wem dies alles frommt! Weiß nicht, zu wessen Freude so viele leiden! Dann muß ich zweifeln an der Güte des Schöpfers. Ach, lieber Gott, laß mich nicht verzweifeln! Gib mir meinen Frieden wieder und mein ruhiges Kinderglück! Verstoß mich nicht! Hörst du? Und wenn du mich hörst, so gib mir jetzt gleich ein Zeichen!"

Kaum waren die letzten Silben dieses naiven Gebetes gesprochen, als Anton den Himmel und der Sterne hellen Schein nicht mehr sah; ein Vorhang schien das kleine Fenster zu verdunkeln. Bald entdeckte er ein menschliches Angesicht, welches ihm die Aussicht raubte. Er erhob sich auf seinem Lager, nahm eine kniende Stellung ein und sah nun deutlich, daß die Glasscheiben ihn von zwei Augen trennten, die feuriger glühten als Sterne. Sie konnten nur der braunen Bärbel gehören. „Öffne!" klang es durchs dünne, in Blei gefaßte Glas. Er gehorchte. Jetzt begann ein leiser Wortwechsel:

„Geld und Gold steckt er mir zu. Schön ist er auch. Du bist schöner, mir gefällst Du besser. Langer Samuel hat mich geprügelt, bin ich ihm davongelaufen, geh nimmermehr zu ihm. Bin sein' Schwester nit. Dein Fensterl ist klein, kann ich schon durch; ich bin glatt wie Schlange. Laß mich zu Dir!"

„Bärbel, das geht nicht. Meine Großmutter schläft drinnen und hört jeden Laut."

„Komm zu mir! Komm heraus!"

„Ich darf nicht".

„Du darfst, was Du willst. Bist ja nit kleiner Bube! Schon ein junger Kerl bist Du."

„Ich liebe eine andere!"

„Und mich hast wollen küssen? Warum hast gezittert und mich umarmt im Garten bei Schloß? Lieb', wen Du willst, aber geh' mit mir!"

Vöbs: Meine Ausführungen sind also doch berechtigt. Der Staat hat ein schlechtes Geschäft gemacht.

Senator Rabe: Das Terrain ist der Bahn zur Verfügung gestellt für einen später festzusetzenden Preis. Der Staat hat kein Risiko.

Meincke (Travemünde) glaubt, daß die Staatsinteressen leider nicht genügend gewahrt seien.

Senator Rabe widerspricht dem.

Glasau pflichtet dem Vorredner bei.

Feuerlöschwesen.

Mantau spricht zu der Eingabe des Theaterdirektors Feldhusen, die Feuerwachkosten auf den Staat zu übernehmen. Dem Stadttheater seien sie ebenfalls erlassen; es wäre nur gerecht, wenn Herrn Feldhusen die Kosten erlassen würden. Er habe sich um die Theaterkunst in Lübeck seit Jahren verdient gemacht und habe mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Redner stellt einen Antrag.

Senator Rabe bittet, der Eingabe keine Folge zu geben.

Kahns ist der gleichen Ansicht wie Senator Rabe.

Jenne: Der Antrag könnte Konsequenzen haben, das Hansa-Theater schließlich ebenfalls kommen. Geprüft könne die Sache allerdings werden.

Mantau: Ich werde meinen Antrag in ein Ersuchen an den Senat umändern und bitte um dessen Annahme.

Jenne widerspricht auch der abgeänderten Fassung.

Senator Rabe: Die Angelegenheit muß auf eine Prüfung beschränkt bleiben.

Dr. Benda pflichtet dem Vorredner bei.

Senator Rabe: Die Konsequenzen, die der Antrag nach sich zieht, sind gar nicht zu übersehen.

Mantau zieht sein Ersuchen zurück.

Schulen.

Th. Schwartz: Durch die Aufhebung der Freischulen sind den minderbemittelten Eltern bedeutende Lasten aufgebürdet worden. Rechnet man hierzu noch die Kosten für Lernmittel, die pro Kind 6 bis 10 M. pro Jahr in den Volksschulen ausmachen, sind sie nahezu unerschwinglich. Ein Mißstand ist, daß die kleineren Kinder die Lernmittel der größeren meistens nicht mehr gebrauchen können, weil dieselben so oft umgeändert werden. Diesem Übelstand sollte die Oberschulbehörde abhelfen, und der Frage näher treten, die Lernmittel in den Volksschulen überhaupt unentgeltlich herzugeben. Verschiedene Städte haben diese Lernmittelfreiheit bereits eingeführt. Nürnberg z. B. hat ein neues Regulativ erlassen, in dem diese Unentgeltlichkeit eingeführt wurde, allerdings nur für Unbemittelte auf Antrag; ein weiterer Antrag befaßt sich dort jetzt mit der vollständigen Lernmittelfreiheit für Volksschulen. Stuttgart hat nicht nur Unentgeltlichkeit der Lernmittel, sondern auch des Unterrichts, ebenso noch eine Reihe weiterer Städte. Auch in Hamburg werden an bedürftige Schüler die Lernmittel unentgeltlich abgegeben. Die Frage ist übrigens nicht neu, sondern längst im Fluß. Ich möchte die Oberschulbehörde ersuchen, dieser Frage näher zu treten. Im Jahre 1907 als wir Zahlschulen und Freischulen hatten, betrug die Einnahme an Schulgeld in den Volksschulen 58 914 Mk., 1908 60 587,60 Mk., 1909 83 347,20 Mk., seit 1907 ist also eine Steigerung um 24 333 20 Mk. eingetreten. Der Unentgeltlichkeit der Lernmittel kann vielleicht entgegengehalten werden, daß sich die Ausgaben bedeutend mehren würden. Das wenigste, was ein Familienvater für ein Kind für Lernmittel ausgeben muß, sind 6 Mk., mit den höheren Klassen steigt diese Summe bis 10 Mk. Wir müßten also 60 000 bis 100 000 Mk. für die Lernmittel ausgeben. Sie werden entgegenhalten, diese Summe sei für den Staat zu groß, die könne er nicht hergeben. Die Zuschüsse, welche der Staat für den einzelnen Schüler zu leisten hat, sind aber bei den höheren Schulen bedeutend höher als bei den Volksschulen. Im Katharineum wurde im Durchschnitt der drei letzten Jahre für einen Schüler 257 Mk. Staatszuschuß geleistet, während in Volksschulen nur 55 Mk. pro Kopf verausgabt wurden. Abgesehen von den anderen Schulen zeigen diese Zahlen, daß für die Volksschulen mehr getan werden kann; die Anregung darf nicht wieder im Sande verlaufen. Die Schulspeisungsfrage habe ich schon im vorigen Jahre angeregt, man hat aber nichts weiter darüber gehört, trotzdem sie im übrigen Deutschland Fortschritte macht; auch hier sollte man einmal näher darauf eingehen. Unser Programm fordert Unentgeltlichkeit der Schule und der Lernmittel, und wenn man der Frage näher tritt, ist beides zu empfehlen. Die Frage der Bedürftigkeit sollte man zur Probe stellen, denn bei 1200 Mk. Einkommen 10 Mk. Schulgeld bezahlen und 10 Mk. für Lernmittel ist zuviel, und schließlich wird bei mehreren Kindern die letztere Summe noch dadurch erhöht, weil das folgende Kind die Bücher des vorhergehenden nicht gebrauchen kann; das ist horrend. In diesem Saale sind gewiß genügend Herren, die hier in der Schule gewesen sind und bezeugen können, daß sie die Lernmittel der größeren Geschwister benutzen konnten. Warum ist dies denn heute nicht der Fall? Der Staat müßte die Produktion der Schulbücher selbst in die Hand nehmen und sie unentgeltlich liefern, dann haben die Oberschulbehörde und die Lehrer die Möglichkeit, darauf zu achten, daß die Kinder sorgsam damit umgehen. Ich richte das Ersuchen an die Oberschulbehörde, dieser Frage näher zu treten und im nächsten Jahre darüber zu berichten.

Senator Kulenkamp kann die Unentgeltlichkeit der Lernmittel nicht in Aussicht stellen. Die Schulspeisung wird von privater Seite ausreichend gefördert. Daß fortwährend neue Lernmittel angeschafft werden und die nachfolgenden Kinder diese nicht gebrauchen können, ist nicht richtig.

Hauptlehrer Reimpell: Es sind in den Volksschulen Lernmittel vorhanden, die seit 10 Jahren nicht geändert sind, (Zuruf Schwartz: Woll dat Gesangbok! — Große Heiterkeit.) so oft wird also keineswegs geändert. Der Staat kann niemals die Regie der Bücher übernehmen. Die Vereinigung, die diese Bücher herausgibt, ist bestrebt, die Herausgabe so billig wie möglich zu gestalten. Der Absatz ist hier gering. Deshalb der etwas teure Preis.

Aug. Pape bestreitet, daß der Bücherwechsel in großen Zeiträumen geschieht und wünscht, daß die Elementarfächer im Rechnen und Schreiben an den Mittel- und Volksschulen besser herangezogen werden. Redner wünscht noch eine Auskunft betr. des Seminars.

Krankenhaus.

Dr. Schlomer: Es werden eigenartige Wege eingeschlagen, um die Einnahmen zu vergrößern. An die Krankenkassen wurde ein Rundschreiben erlassen, daß die Anwendung des neuen Heilmittels für Syphilis von den Krankenkassen bezahlt werden müsse. Das ist bisher nicht üblich gewesen. Wer im Krankenhaus aufgenommen wird, kann verlangen, daß alles das, was Wissenschaft und Technik bieten, angewendet wird. Was anderorts geschieht, kann auch in Lübeck gewährt werden.

Dr. Jak. Meyer: Die in Frage stehenden Mittel sind verhältnismäßig teuer. Der Staat macht dabei kein Geschäft, denn der Kranke kann nach wenigen Tagen das Krankenhaus verlassen. Bei einer Revision der Pflegegelder wird man darauf Bedacht nehmen, für besondere Leistungen auch besondere Bezahlung zu verlangen.

Schulen (Ausgaben).

Dr. Schlomer: Von der Überschreitung des Züchtigungsrechtes habe ich in der letzten Zeit viel zu hören bekommen. In einer Volksschule ist der bedauerliche Fall vorgekommen, daß eine ganze Anzahl Kinder vom Lehrer mißhandelt worden ist; 15 Kinder waren es. Zwei davon habe ich selbst untersucht und kann konstatieren, daß einer davon am 20. Februar 20 Schläge, am 21. Februar 15 Schläge und am 22. Februar 10 oder 12 Schläge erhalten hat. Jedenfalls waren auf dem Gesäß 12 Striemen deutlich zu unterscheiden. Ein anderer hat 6 Schläge erhalten, die übrigen habe ich nicht gesehen. Zu gleicher Zeit sind ähnliche Fälle aus anderen Schulen zu melden. In meiner Vorstadt hat ein Schüler 10 und 6 Schläge erhalten, das Gesäß zeigte starke blutunterlaufene Striemen. Ein Knabe hatte ein Ohrenleiden, der Arzt hatte gesagt, er dürfe nicht ans Ohr geschlagen werden und trotzdem hat der Schüler Ohrfeigen erhalten. Aus diesen Tatsachen erhellt, daß hier mehr geprügelt wird als man annehmen sollte. An den Vertreter der Oberschulbehörde richte ich die Anfrage, welche Vorschriften über das Züchtigungsrecht bestehen und welche Maßnahmen er zu treffen gedenkt, um derartigen Überschreitungen des Züchtigungsrechts vorzubeugen. Es besteht meines Wissens keine besondere Verordnung, nur Erlasse. Die erstere ist nur angekündigt; sollte dies auf Tatsachen beruhen, dann möchte ich der Oberschulbehörde dringend anheimgeben, diese Verordnung so auszugestalten, daß in Lübeck die Züchtigung überhaupt abgeschafft wird. Das ist die einzige Möglichkeit Überschreitungen vorzubeugen. Ich bestreite überhaupt der Schule das Recht die Kinder zu züchtigen. Die Eltern vertrauen die Kinder der Schule, damit sie Wissen erlangen. Dieses Vertrauen wird durch die Prügelei nicht gefördert; sie untergräbt im Gegenteil das Vertrauen der Eltern. Mancher Lehrer züchtigt in gereizter Stimmung, die er nicht nur in der Schule gewinnt, sondern auch außerhalb derselben. So kommt es vor, daß er Unschuldige schlägt. Wer vorurteilsfrei diesen Vorgängen folgt, wird mir beipflichten, daß an höheren Schulen lange nicht so viel geprügelt wird wie an Volksschulen. Dort sind weniger Schüler, mit denen sich der Lehrer besser beschäftigen kann. Das Unterrichtsziel wird mit Strafen nicht erreicht. Der jetzige Schulrat steigert die Klassenfrequenz an den Volksschulen, vielleicht hängt damit die Zunahme der Prügelei zusammen. Die Schule hat nicht das Recht zu prügeln, pädagogische Erwägungen spielen da nicht mit. Die Erfahrungen im Schulwesen zeigen, daß je mehr sich die Schule ausbildete, desto mehr hat die Prügelstrafe abgenommen. Es werden immer mehr Lehrer für deren Abschaffung gewonnen. Durch diese Prügelei wird nichts gebessert. Moralische Vergehen usw. sind zurückzuführen auf minderwertige geistige Veranlagung, solche Kinder müssen ausgemerzt und Hilfsschulen zugewiesen werden. Nach meiner Überzeugung und der namhafter Pädagogen schafft die Prügelstrafe das Gegenteil von dem, was sie bezwecken soll. Wird ein gut veranlagtes Kind geprügelt, empfindet es dieses als Verletzung des Ehrgefühls; es wird zur Widersetzlichkeit getrieben, das Vertrauen des Kindes zum Lehrer untergraben, es wird scheu und zurückhaltend und das Gegenteil ist dann erreicht. Ebenso ist's bei andern Kindern, die schon verwildert sind. Der Trotz wird durch die Prügelstrafe nur vermehrt. Die meisten Lehrer, die Beobachtungen anstellen, finden, daß Trotz und Widersetzlichkeit auf Furcht beruhen. Kein Lehrer wird mehr belogen als ein strenger Lehrer, weil die Kinder so der Strafe zu entgehen wünschen. So erzeugt die Prügelstrafe gerade das Gegenteil von dem was wir wollen. Ein guter Lehrer kommt ohne Prügelstrafe aus, ja, je mehr ein Lehrer prügelt, desto weniger Fähigkeit zum Lehrerberuf hat er. Deshalb sind wir dafür, daß die Prügelstrafe abgeschafft wird. Die Prügelstrafe ist eine Roheit, die nicht in die modernen Schulen hineingehört. Die Eltern können mit Recht verlangen, daß die Kinder in der Schule vor Mißhandlungen geschützt werden. Redner stellt einen Antrag, die Prügelstrafe abzuschaffen.

Senator Kulenkamp: Manches von dem, was der Herr Vorredner angeführt, kann man unterschreiben. Ganz kann das Züchtigungsrecht aber nicht abgeschafft werden. Die Oberschulbehörde wendet sich gegen übermäßige Züchtigung. Der Vorredner hat recht, je besser der Lehrer, desto weniger wird er prügeln. Früher wurde weit mehr geprügelt als jetzt. In vielen Fällen liegt es aber anders, als der Schüler vorgibt. Zurückweisen muß ich den Satz, daß beim Prügeln nicht die Schuld auf seiten des Schülers, sondern auf der des Lehrers sei. Die Angaben des Vorredners betreffs der scharfen Züchtigungen sind zum großen Teil unzutreffend.

Rosenquist ist seinem Lehrer dankbar, daß er [illegible] ordentlich durchgehauen hat. In der Gewerbeschule sol[illegible] jetzt noch manchmal der Stock geschwungen werden. (Zu[illegible] b. d. Soz.: Hört, hört!)

Der Antrag Schlomer wird abgelehnt.

Peter Pape wünscht, daß der Staat die Bestrebu[illegible] gen auf Errichtung von Schulgärten, in denen die Kin[illegible] pflanzen, arbeiten und ernten können, unterstütze. In [illegible] Moislinger Allee habe eine Lehrerin selbst einen derartig[illegible] Garten für ihre Schülerinnen eingerichtet. Gerade in d[illegible] an öffentlichen Anlagen armen St. Lorenz wäre es notwend[illegible] daß bei den bestehenden und zu errichtenden Schulen derart[illegible] Gärten angelegt würden.

Senator Kulenkamp: Diese Bestrebungen unterst[illegible] die Oberschulbehörde.

Lehrerseminar.

Hauptlehrer Reimpell kann nicht einsehen, war[illegible] eine Versetzung von über 50 Lehrern in der Stadt vorgeno[illegible] men wurde. Der Lehrer sei keine Maschine, die man he[illegible] da- und morgen dorthin versetzt. Er sei eine Person, die [illegible] die Kinder geleitet sei. Er richtet die bescheidene Bitte [illegible] die Oberschulbehörde, die Lehrer vor der Versetzung zu f[illegible] gen; auch die Leiter sollten erst Auskunft geben. Zum Best[illegible] der Schulen wäre die größtmöglichste Rücksicht geboten.

Senator Kulenkamp: Die Oberschulbehörde bedau[illegible] die große Versetzung selbst, konnte sie aber nicht ände[illegible] Durch die Aufhebung der Seminarübungsschule war die V[illegible] setzung bedingt.

G. Ehlers fragt an, warum bei den Volksschulen [illegible] Titel „Schulwärter" und beim Katharineum und Johanne[illegible] „Kustos" für das gleiche Amt bestehe. Sie bekämen doch d[illegible] gleichen Gehalt; einen besonderen Zweck könne also die v[illegible] schiedene Titulation nicht haben.

Senator Kulenkamp: Es ist alter Brauch. Vielle[illegible] findet sich später Gelegenheit, eine einheitliche Bezeichnu[illegible] durchzuführen.

Volksschulen.

Dr. Schlomer weist auf die verschiedene Verteilu[illegible] der Schulkinder bei der Umschulung in den Schulen hin. [illegible] werde manche Ungerechtigkeit dadurch begangen. We[illegible] Schulwege kommen mitunter in Betracht. Kinder, die jah[illegible] lang in einer Schule waren, wurden plötzlich in andere v[illegible] setzt. Besser ist es, wenn Lehrer und Schüler beisamm[illegible] bleiben. Ich möchte noch die Anrege geben, ob es ni[illegible] wünschenswert wäre, wie in Hamburg auch bei uns e[illegible] fremde Sprache einzuführen. Bei den heutigen Verkehrsv[illegible] hältnissen, wo die Leute später vielfach ins Ausland kommen wäre es doch gut, wenn sie sich dort gleich verständig[illegible] könnten. Wenn die Kinder die Sprache auch nicht vollko[illegible] men beherrschen, so können die Kinder doch die Anfang[illegible] gründe lernen, auf Grund deren sie sich weiterbilden könn[illegible] Dann bildet auch die Erlernung einer fremden Sprache ein[illegible] Hebel, die eigene Muttersprache zu schützen. Wenn ni[illegible] obligatorisch, so sollte doch fakultativ ein fremdsprachig[illegible] Unterrichtskursus eingerichtet werden. Ein Mißstand ist fern[illegible] der jeden Sonn- und Feiertag durch die Hauptstraßen d[illegible] Stadt stattfindende gezwungene Aufmarsch der Fürsorgezö[illegible] linge, die durch ihre Kleidung auffallen und den früher[illegible] Mitschülern und Verwandten als Zielscheibe dienen. De[illegible] bekanntlich ist die Ansicht verbreitet, daß diese Kinder v[illegible] kommen seien. Das könnte man den Kindern ersparen. W[illegible] man vom Kirchenbesuche nicht abgehen, können sie ihre [illegible] bauung im Schulhause abhalten.

Senator Kulenkamp: Die Oberschulbehörde hat [illegible] der Umschulung jede Rücksicht walten lassen; einige Una[illegible] nehmlichkeiten waren nicht zu vermeiden.

Niemann (Schlutup): Sollte eine fremde Spra[illegible] jemals eingeführt werden, sollte man die nordischen Sprach[illegible] berücksichtigen.

Hauptlehrer Reimpell wendet sich gegen Einführu[illegible] einer Fremdsprache; die eigene sei manchem fremd genu[illegible] Hamburg habe keine Mittelschulen, deshalb sei dort ei[illegible] Fremdsprache berechtigt. Die äußerste Linke versteht d[illegible] Volksschule überhaupt nicht, das beweist ein Aufruf an d[illegible] Jugend, der eine Verunglimpfung der Volksschule enthä[illegible] Redner verliest den Aufruf der freien Jugendorganisation, d[illegible] er mit bombastischen Redensarten zu widerlegen sucht. Die Volk[illegible] schule bringe den Ärmsten soviel Liebe als möglich entgegen. D[illegible] Volksschule wolle die Kinder nicht zu geknickten Untertan[illegible] machen, wie es in dem Aufruf heiße. Das weise er zurü[illegible] Die Religion und Vaterlandsliebe werden vom Redner a[illegible] seine Weise ausgelegt. Den Lehrern liege nach dem Pamph[illegible] nichts daran, woher die Schüler kommen und wohin sie gehe[illegible] Das sei nicht wahr.

Thiele unterstützt die Ausführungen Dr. Schlome[illegible] in bezug auf fremde Sprachen. Auch die Rettungsschulfra[illegible] hat Herr Dr. Schlomer richtig bewertet.

Behn: Die Erfahrung hat gelehrt, daß die freiwil[illegible] gen Kurse, die die Kaufmannschaft im Englischen eingericht[illegible] hat, von den Schülern, die zumeist frühere Volksschül[illegible] seien, gut besucht werden.

Dr. Schlomer: Wenn Herr Reimpell behaupt[illegible] den Lehrern liege wohl etwas daran, woher die Schül[illegible] kommen und wohin sie gehen, so ist es wohl in ganz gewis[illegible] Richtung zu verstehen. Woher sie kommen? Die bürge[illegible] lichen Kreise schicken ihre Kinder nicht in die Volksschu[illegible] dieser Punkt ist also schon hinfällig. Mehr liegt Ihn[illegible] schon daran wohin sie gehen. Sie suchen sie in dem Gei[illegible] zu erziehen, wie's die herrschenden Kreise haben wollen. P[illegible] triotismus ist kein Unterrichtsgegenstand, und doch wird [illegible] jeder Gelegenheit dieser sogenannte patriotische Geist d[illegible] Kindern eingetrichtert. Es ist nicht Ihr Zweck, die Lie[illegible] zum Heimatland und die Geschichte des deutschen Volkes wa[illegible] zurufen, was auch wir unterstützen, nein, Sie wollen geho[illegible] same und demütige Untertanen erziehen. Das ist doch kl[illegible] Durch Ihre Religionslehre suchen Sie den Unterschi[illegible] zwischen reich und arm zu verwischen, im Religionsunterri[illegible] predigen Sie den Kindern Demut und Bescheidenheit, d[illegible] sich mit dem Erdenlos abfinden soll. Dieser Geist ist's, d[illegible] wir bekämpfen, ebenso wie die Begeisterung für unser Mi[illegible] tärwesen. Der unbedingte Gehorsam gegen Vorgesetzte wi[illegible] nicht nur beim Militär, sondern vielfach auch im gewer[illegible] lichen Leben verlangt bei Behörden, welche die sich ungere[illegible] ten Zumutungen widersetzenden Leute aus dem Staatsdie[illegible] entfernt, wie wir es erst die letzten Tage gesehen haben. [illegible] wird vielfach keine Bildung des freien Willens, sondern e[illegible] Willensknickung vorgenommen. Die Lücke zwischen Volk[illegible] schule und Militär wollen die bürgerlichen Kreise ausnutze[illegible] um die jungen Menschen in der Gefügigkeit zu erhalte[illegible] Wie gefährlich diese Bestrebungen sind, ist bekannt und de[illegible] halb ist unser Flugblatt herausgegeben, von dem w[illegible] hoffen, daß es ein offenes Ohr bei den Schülern findet.

Thiele betont die Vorzüglichkeit der Volksschule [illegible] Gegen Behn führt er an, daß die Abendkurse für frem[illegible] sprachigen Unterricht nicht zweckmäßig seien.

Schulmerich wendet sich gegen Dr. Schlom[illegible] 14jährige Kinder sind nicht urteilsfähig, das zu unterscheide[illegible] was von den Sozialdemokraten gefordert wird. Die Leh[illegible] wollen keine Willensknickung, sondern Willensbildung d[illegible] Kinder. Was von Dr. Schlomer ausgeführt wurde, sei [illegible] schlimmste Vorwurf, der der Schule gemacht worden [illegible] Die Eltern sollten den Kindern nicht zu viel freien Wil[illegible] lassen, damit sie erst gehorchen lernen. Die Volksschule g[illegible] auf ganz anderen Wegen, als Dr. Schlomer meint. [illegible]

„Niemals darf ich mit Dir gehen, Bärbel. Ich hab's dem Toten versprochen."

„Wem? Toten?"

„Dem schwarzen Wolfgang. Er leidet's nicht. Es war sein letztes Wort."

„Hu! dem Schwarzen? War wilde Teuxel!"

„Er steigt aus dem Grabe, hat er geschworen, als Gespenst und jagt uns auseinander."

„Halt Maul! Mir fürchtet! — Also nix iff mit uns zwei?"

„Nicht, Bärbel, gar nichts. Ich darf nicht."

„Auch gut. Aber großes Narr bist Du, Toni, Jesus Maria, schrecklich großes Narr, daß Du hast Wort gegeben an schwarzen Wolf. Bärbel nimmt jetzt jungen Herrn aus der Stadt. Bärbel wird vornehmes Mensch, zieht auch in Stadt. Giel und Gansel in Schloß glauben, er schaut auf Baronmädel! Nix da! Auf mich schaut reicher Bub! Muß tun, was Bärbel will. Ha, Bärbel iff gar pfiffiges Weibsbild. Wird werden Frau Theodor, weil Du sie nicht hast mögen. Adio, schönes Toni!"

Die letzten drei Worte sprach sie, obwohl bereits von dem Kammerfenster verschwindend, so laut, daß der Schall derselben bis in das Nebenzimmer drang, und daß die Großmutter ängstlich rief: „Redest Du im Schlafe, Anton?"

Dieser schloß den Fensterflügel vorsichtig und sagte dann: „Ich glaube, es war so was. Mir träumte gerade, ich wäre eine vornehme Dame."

„Unsinn", erwiderte die Alte zurück, „wie kann ein vernünftiger Mensch solche Torheiten träumen?" — Dann entschlief sie wieder.

Worin es lag, daß unser Freund auch entschlief, nachdem nur etliche Minuten seit Bärbels Rückzug verlaufen waren; daß er freier atmete; daß er sich getröstet wähnte; wer mag es genügend erklären? Dennoch war es so. Er fühlte sich wie von einer schwere[illegible] befreit. Er vermochte, ohne Schmerz an Ottilien, — er [illegible]mochte zu denken: sie ist es nicht, welche den jungen [illegible] in Liebenau zurückhält. Auch war er mit sich und seinem Benehmen gegen die Verführerin zufrieden. Er freute sich, dem schwarzen Wolfgang Wort gehalten zu haben. Er versenkte sich in mildere Träume, als die jüngst vergangenen Nächte ihm gegeben; ging träumend mit Tickletuke auf einer grünen Wiese spazieren; er und sie waren noch Kinder . . . und wie er sich bückte, ihr ein Vergißmeinnicht zu pflücken, dachte er noch im Halbschlafe: ich danke dir, lieber Gott, du hast mein Gebet bald erhört.

(Fortsetzung folgt.)

Dr. Schlomer will gewiß Gutes für die Volksschule, aber er geht falsche Wege. Geprügelt wird in der Schule nicht, nur gezüchtigt und das ist vollständig berechtigt. Will Herr Dr. Schlomer die Lehrerschaft kränken, wenn er sagt, daß es auch Lehrer gäbe, die nicht prügeln? Dies Wort ist eine Beleidigung der Lehrer, ich nehme zu seinen Gunsten an, daß ihm das Wort im Gefecht nur entfahren ist. Redner bemängelt weiter das hohe Unterrichtsgeld, das die Fortbildungsschule für den Unterricht in der englischen Sprache fordert.

Hauptlehrer Reimpell: Wir lehren Begeisterung für das große schöne deutsche Vaterland und nicht Unterwürfigkeit, wie Herr Dr. Schlomer behauptet. Herr Dr. Schlomer hat meine Worte verdreht. (Zuruf Stellings: Beachten Sie unsere Ausführungen.) Die Sozialdemokratie will die urteilslose Masse. Sie richten sich ja nur nach Ihrem Programm. (Zuruf: Das kennen Sie ja gar nicht!) Sie sind aber gar nicht so rot in Ihrem Innern, als der Mantel, den Sie sich umhängen, vormachen soll. Wenn es gegen den Feind ginge, würden Sie ebenso den Schießprügel nehmen, wie Ihr Führer Bebel es von sich gesagt hat.

Dr. Schlomer: Mit den letzten Worten des Vorredners bin ich einverstanden. Wenn wir von einem äußeren Feind grundlos angegriffen werden, würden auch wir selbstverständlich den Schießprügel ergreifen. Mit den übrigen Ausführungen der Herren Schulmerich und Reimpell kann ich nicht übereinstimmen. Ich habe das Flugblatt vorher gelesen und pflichte ihm bei. Der Geschichtsunterricht läuft auf eine Verherrlichung des Militarismus hinaus. Patriotismus und Religion sind die Hauptsache, wie ja auch eine Schrift über das Lehrerinnenseminar beweist. Sie wollen durch diesen Unterricht den Kindern beibringen das Vertrauen zu der Regierung, und sie glauben machen, daß die heutigen Zustände gerecht seien und daß man unter denselben alles erlangen könne, was zu erlangen auf Erden möglich ist. Wir dagegen wollen aufrechte Menschen, die sich ihr Schicksal erkämpfen können. Herr Reimpell führte unser Parteiprogramm an. Gerade weil dort die Religion zur Privatsache erklärt wird, wollen wir diese Religion aus der Volksschule entfernt wissen; an deren Stelle soll ein Moralunterricht treten und auf Charakterstärke hingearbeitet werden. Herr Schulmerich wandte sich mit besonderer Betonung gegen meine Ausführungen betreffs des Prügelns. Ich kenne verschiedene Lehrer, die mit den von mir vorgetragenen Grundsätzen einverstanden sind. Aber die Lübecker Lehrerschaft steht leider noch nicht auf dem modernen Standpunkt wie die Hamburger und Bremer Lehrer. Sie sollte sich diese zum Vorbilde nehmen. Ich richte meine Kritik nicht gegen die einzelnen Lehrer, sondern gegen das ganze System das nicht nur in Lübeck, sondern fast überall in ganz Preußen-Deutschland vorherrschend ist, um willfährige Untertanen zu erziehen. (Bravo! b. d. Soz.)

Schulmerich: Wo die Lehrerschaft sich ihre Vorbilder sucht, läßt sie sich nicht von Herrn Dr. Schlomer vorschreiben. Rückständig ist die Lehrerschaft Lübecks keinesfalls. Der Vorstand der kaufmännischen Fortbildungsschule wird hoffentlich Wege finden, um das Schulgeld für das Englische herabzusetzen.

Bezirksschulen.

Dr. Schlomer bemängelt die fehlenden Angaben über Dispensationen in den Bezirksschulen und in Travemünde und fragt an, ob sie deshalb nicht angeführt seien, weil man sich geniere, unliebsame Tatsachen an die Öffentlichkeit zu bringen. Redner wünscht von der Oberschulbehörde klaren Wein eingeschenkt.

Senator Kulenkamp: Wahrscheinlich ist das Material der einzelnen Schulen nicht voll eingegangen. Die Beurlaubungen haben nur in geringem Maße stattgefunden. Daß Kinder zu gewerblichen Arbeiten herangezogen wurden, ist nicht eingetroffen und wird auch nicht zugegeben, nur ist in den Bezirksschulen auf die Zeit der Kartoffelernte Rücksicht genommen.

Gewerbeschule.

Rosenquist wünscht die Prügelstrafe auch für die Gewerbeschule. Es seien große Schweinereien vorgekommen, die auf die Tätigkeit der freien Jugendorganisation zurückzuführen seien. Auch der Tod des Lehrlings stehe damit in Zusammenhang. (Große Unruhe und lebh. Widerspruch b. d. Soz.) Wir werden in der Innung schon herauskriegen, wer Mitglied der freien Jugendorganisation ist. Diese Mitgliedschaft dulden wir auf keinen Fall, sie macht den Handwerkern das Leben sauer und erzeugt Roheit.

Stelling: Herr Rosenquist hat eine Sache herangezogen, die sich nur auf Vermutungen und leere Behauptungen stützt. Wenn Herr Rosenquist den bedauerlichen Selbstmord mit der Tätigkeit der freien Jugend in Verbindung bringt, so muß ich denn doch sagen: höher gehts nimmer. Ich erwarte Beweise für solche Behauptungen. Was würden Sie sagen, wenn ich ohne Beweise den Verein gewerblicher Lehrlinge als treibenden Keil hier anführte. Zum mindestens muß ich verlangen, daß man nicht mit Vermutungen, sondern mit Beweisen operiert. Der Vorredner hat ferner behauptet, die freie Jugendorganisation mache durch Pamphlete den Arbeitgebern das Leben sauer und züchte die Roheit. Herr Rosenquist hat die Schriften der freien Jugend nicht gelesen, sonst würde er finden, daß sich die freie Jugend gegen die übermäßige Lehrlingsausbeutung wehrt; er müßte ferner zugeben, daß die Organisationen bestrebt sind, die Mißhandlungen der Lehrlinge zu unterbinden. Die Roheit kommt bei der Verteidigung der Prügelstrafe zum Vorschein, wie sie Herr Rosenquist hier betreibt.

Der Wortführer ruft den Redner wegen des Vorwurfs, Rosenquist habe Roheit bewiesen, zur Ordnung.

Stelling (fortfahrend): Ich wollte durch den Ausdruck nur darauf hinweisen, daß Herr Rosenquist auch die Prügelstrafe in der Gewerbeschule am Platze findet. Man mag in Ihren Kreisen geteilter Meinung sein über die Prügelstrafe, aber unter Menschen, die Humanität kennen, wird allgemein angenommen, daß man der Schule Entwachsene nicht mehr prügelt. Herr Rosenquist ist ja Obermeister der Innung. Ich freue mich keinen Jungen zu haben, der bei Rosenquist in die Lehre geht. In der Gewerbeschule wird von den Lehrern für den Verein gewerblicher Lehrlinge Propaganda gemacht. Die Gewerbeschullehrer haben dazu kein Recht, auch nicht dazu Erkundigungen einzuziehen, wer der freien Jugendorganisation angehört. Das Spionage- und Schnüffelsystem wird dadurch großgezogen. Wir werden dem einen Damm entgegenzusetzen wissen. Wir werden den jungen Leuten sagen: wenn ihr gefragt werdet, dann sagt einfach, das geht niemand etwas an.

Rosenquist: Herr Stelling weiß gar nicht, was Roheit ist. Von den in Betracht kommenden Lehrlingen sind 4 Mitglieder der Jugendorganisation, und die anderen vermute ich ebenfalls. Redner weist auf die Verträge der Innung hin, die es dem Lehrling untersagen, einer Organisation anzugehören.

Stelling: Daß man nach der Methode Rosenquists die jungen Leute zu Charaktern erzieht, ist wohl kaum anzunehmen. Herr Rosenquist kann absolut nicht beweisen, wer Mitglied der freien Jugendorganisation ist. Wenn man die jungen Leute zwingen will, zu bekunden, ob sie der Jugendorganisation angehören, so erzieht man sie gerade dadurch zu Heuchlern.

Navigationsschule.

v. Schack: Wegen des Rückgangs im Seemannsberufe sind 10 000 Mk. weniger Einnahmen angesetzt. Ist dieser Ausfall auch in den folgenden Jahren zu erwarten?

Senator Rabe: Die Verhältnisse werden sich wohl wieder bessern.

Bendfeldt: Es müssen sich erst wieder neue Schüler einfinden, dann gleicht sich die Sache wieder aus. Lübeck weist die meisten Schüler auf in Deutschland.

v. Schack: Die Schule kostet uns 30 000 Mk., ich möchte wissen, wie viele Schüler diese Schule besuchen.

Senator Rabe kann hier keine Auskunft geben.

von Großheimsche Realschule.

Es liegt ein Antrag vor, jährlich 24 000 Mk. Zuschuß zu gewähren für die Dauer von drei Jahren.

Dr. Gilbert spricht zugunsten des Antrages und hebt die verschiedenen Anstellungsverhältnisse der an dieser Schule angestellten Seminarlehrer und akademisch gebildeten Lehrer hervor. Letztere hätten kein Pensionsrecht. Könnten diese nicht auf die Altersversorgung Anspruch haben?

Senator Kulenkamp: Es sind Erwägungen im Gange gewesen, ob diesen Lehrern nach zehnjähriger Tätigkeit die Rechte von Staatslehrern zuerkannt werden können. Es geht aber nicht an.

Thiele unterstützt Dr. Gilberts Ausführungen.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Baudeputation.

Böbs geht auf die einzelnen Ausgabeposten der Gehälter ein und findet die Posten für die Hilfskräfte zu hoch. Einzelne Hilfsbauwarte erhalten bis 225 Mk. pro Monat, während des Probejahres, während sie in Preußen garnichts bekommen.

Reisekosten.

Böbs fragt an, wie es sich mit der Kostenfrage der Gleise verhalte, die er schon in einer früheren Sitzung angeschnitten habe. Wie bewertet denn die Baudeputation das Altmaterial?

Senator Dr. Stooß: Die Gleise gehören zweifellos der Lübecker Bahn. Die Zahlen, die Herr Böbs in der vorigen Sitzung erwähnte, sind sämtlich unrichtig. Die in Frage kommenden alten Schienen haben auf Lager der Baudeputation gelegen und mußten selbstverständlich vergütet werden.

Böbs will in Zukunft die Sachen so angeführt wissen, daß zu ersehen ist, obs vom Lager stammt oder neu angeschafft ist.

Öffentliche Bedürfnisanstalten.

Ehlers gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß seiner Anrege vom vorigen Jahre Folge geleistet wurde und vor dem Hüxtertor eine neue Bedürfnisanstalt hergerichtet wurde. Auch die weitere Anrege, dem weiblichen Teile der Bevölkerung die unentgeltliche Benutzung der Anstalten zu gewähren, sollte in die Tat umgesetzt werden. Hier könnte man einmal den Versuch der Gleichberechtigung der Geschlechter machen, wenn man sich auch sonst dagegen sträubt. Die Klagen der Arbeiter auf der Wallhalbinsel sollten auch beseitigt werden durch Errichtung neuer Bedürfnisanstalten. Die jetzigen sind mangelhaft. Wenn die Baudeputation mal Umschau hält, wird sie von selbst Abhilfe schaffen. Die Anstalt beim Kirchhof vor dem Burgtor, die nicht einmal eine Abteilung für Frauen hat, genügt längst nicht mehr. Die war wohl vor 20 Jahren angebracht. Der Senat sollte dem Ersuchen Rechnung tragen.

Senator Dr. Stooß: Ich werde die Anrege prüfen; wegen der Unentgeltlichkeit kann ich keine Antwort geben.

Meincke (Travemünde) bringt Beschwerden vor. In Travemünde sei ebenfalls ein Mangel an solchen Anstalten.

Senator Dr. Stooß: Die Bedienung kann doch nicht von Lübeck aus geschehen. Dafür muß die Gemeinde sorgen.

Wegebauten.

Möller regt Verbesserungen des Radfahrweges in der Roeckstraße zwischen der Schulstraße und Paulstraße an, der Reitweg sollte zwischen diesen Straßen aufgehoben werden. Ferner wünscht Redner eine bessere Trennung des Radfahrwegs vom Reitweg in der Roeckstraße überhaupt.

Böbs will bei den Stellen, wo Ortschaften ineinandergreifen, Tafeln aufgestellt sehen, damit man auch weiß, wo man sich befindet.

Landstraßen.

Bade (Schlutup) wünscht die Straßen-Strecke durch Schlutup nicht chaussiert, sondern gepflastert. Der starke Autoverkehr erheische dies. Redner stellt einen entsprechenden Antrag.

Senator Dr. Stooß: Wird dem Antrag entsprochen, muß der Betrag noch mehr erhöht werden.

Niemann (Schlutup) unterstreicht das von Bade Gesagte. Die Pflasterung bedeute eine große Ersparnis für den Staat.

Senator Rabe: Ohne weiteres sollte das Budget nicht abgeändert werden. Stellen Sie ein Ersuchen.

Maak (Vorrade) will einen Weg hergerichtet wissen. Der Redner ist aber völlig unverständlich.

Fehling spricht gegen die Änderung der im Budget vorgesehenen Ziffer. Die Summe kann ja anders eingesetzt werden.

Senator Rabe: Durch eine andere Einstellung der Ziffer werden die Bedenken doch nicht aus der Welt geschafft.

Niemann (Schlutup): Die Chaussee befindet sich in einem miserablen Zustande. Hier beim Budget dachten wir den geeigneten Zeitpunkt für unsere Wünsche getroffen zu haben.

v. Schack: Die Schlutuper sollten eben wie in Lübeck eine kleine Straßenbauabgabe bezahlen. Das ist nicht unbillig.

Baade (Schlutup) hebt die Bedürftigkeit der Pflasterung hervor. Wenn die Schlutuper eine Straßenbauabgabe bezahlen sollen, hätte man schon beim äußeren Wegebezirk der Israelsdorfer Allee anfangen müssen. Der Autoverkehr nimmt die Straßen ungemein mit.

Senator Dr. Fehling bittet den Antrag abzulehnen. Der Instanzenweg müsse doch eingehalten werden.

Fehling wünscht den praktischsten Weg einzuschlagen. Der Posten im Budget soll unabhängig von der Ausführung sein.

Tegtmeyer (Moisling) scheint für den Antrag zu sprechen.

Der Antrag Baade wird in Form eines Ersuchens angenommen.

Landwege.

Dr. Schlomer will Verbesserung der Landgemeindewege, an denen Arbeiterwohnhäuser gebaut sind. Auch in Schlutup sind verschiedene solche Wege in schlechtem Zustand. Statt auf einer Straße glaubt man auf freiem Felde zu gehen. Die Wesloerstraße ist ganz verwahrlost; es ist streckenweise geradezu lebensgefährlich sie zu passieren. Ein ähnlicher Zustand ist in Genin. Die Siele in der Privatstraße nach Vorwerk sind vielfach verstopft und die Bewohner gezwungen, die Abwässer auf die Straße zu gießen. Hier muß Abhilfe geschaffen werden.

Trave.

Baade (Schlutup) will einen Anlegesteg für kleine Personendampfer in Schlutup unterhalb der Hafenstraße angelegt wissen. Der Kostenpunkt würde 1700 Mark betragen.

Senator Rabe: Die Angelegenheit muß erst gründlich geprüft werden.

Grünau bringt gleichfalls Wünsche in betreff der Anlegebrücke in Travemünde und ersucht, daß den Fischern Land zur Verfügung gestellt werde, damit diese ihre Boote reparieren lassen können

Baade (Schlutup) und Senator Rabe diskutieren weiter über die Zweckmäßigkeit der Brücke, Niemann (Schlutup) unterstützt Baade; eine Brücke sei ja früher schon dagewesen.

Dr. Benda: Die Sache ist von der Baudeputation vorbereitet. Bedenken gegen den Antrag Baade existieren nicht.

Klatt bringt Wünsche der Fischer vor.

Aug. Pape ersucht um Annahme des Antrages Baade. Da die Budgetkommission an den Heizungen überall Abstriche vorgenommen hat, werden wohl so viel Ersparnisse eintreten, um die 1700 Mk. einzubringen.

Meincke (Travemünde) bringt die schlechten Abflußverhältnisse in Travemünde zur Sprache und bittet um Abstellung.

Senator Dr. Stoß: Es wird den schlechten Abflußverhältnissen bereits abzuhelfen versucht.

Der Antrag Baade wird angenommen.

Brücken, Fähren und öffentliche Flußbadeanstalten.

Ehlers wünscht in der Badeanstalt Falkenwiese einige Zellen in ganzer Höhe abgeteilt wegen der starken Zugluft. Die Baudeputation sollte auch prüfen, ob die Badeanstalt am Finkenberg nicht auch als Doppelbadeanstalt für männliche und weibliche Badegäste hergerichtet werden könnte. Der Besuch dort werde immer größer.

Thiele wünscht Auskunft, wie es mit der Wielandbrücke bestellt sei.

Lotsenwesen.

Böbs: Der Betrag muß etwas gekürzt werden, die Summe ist vom vorigen Budget unverkürzt übernommen, trotzdem allerhand Änderungen stattgefunden haben, die die Einsetzung einer geringeren Summe rechtfertigen. Redner stellt verschiedene Abänderungsanträge, die bis auf einen angenommen werden.

Hierauf vertagt sich die Versammlung auf Dienstag abend 6 Uhr.

Schluß 3/4 12 Uhr.

Aus der Partei.

Preußische Schutzmannseide. Im September v. J. wollte Genosse Wahlteich aus Amerika in mehreren Versammlungen in Schlesien reden. In Neustadt O.-S., Breslau, im Landkreise Breslau, Liegnitz wurde die Genehmigung anstandslos erteilt. In Haynau wurde Wahlteich anfänglich, weil er Ausländer ist, das Sprechen verboten, später aber gestattet. In Brieg und Neumarkt durfte Wahlteich nicht reden. In Neumarkt wurde sogar eine Mitgliederversammlung, die im Anschluß an die verbotene Versammlung stattfinden sollte und in der Wahlteich sprechen sollte, polizeilich aufgelöst. Mit diesen polizeilichen Maßnahmen und mit einer Äußerung des Bürgermeisters als Amtsanwalt in einem Prozeß gegen den Genossen Scholich, wonach dieser zu denen gehöre, die immer absichtlich Beamte beleidigen, beschäftigte sich acht Tage später eine öffentliche Volksversammlung in Neumarkt. In dieser wurde das Redeverbot für Wahlteich kritisiert. Auch gegen die bürgermeisterliche Unterstellung, daß Genosse Scholich absichtlich Beamte beleidige, wandte sich dieser mit aller Schärfe. Vor Gericht könne er dem Bürgermeister nicht die nötige Antwort geben, aber hier, vor diesem Volksgericht, in dieser Versammlung wolle er dem Bürgermeister Rede und Antwort stehen. Hier wollen nun drei Polizisten, von denen einer in Zivil an der Versammlung unerkannt teilnahm, gehört haben, daß Scholich gesagt habe, „der Bürgermeister ist zu feige, um in die Versammlung zu kommen". Vor dem Schöffengericht Neumarkt, wo natürlich nur die drei Kronzeugen gehört, die von Scholich namhaft gemachten Zeugen aber nicht vernommen wurden, beschworen die drei Polizisten, daß sie ganz genau gehört haben, wie Scholich die fragliche Äußerung getan habe. Außerdem behaupteten die drei Polizisten, Scholich hätte während des Vortrages in der Mitte des Saales gestanden, während er in Wirklichkeit auf der erhöhten Bühne gestanden hat. Das Neumarkter Schöffengericht kam natürlich auf Grund dieser klassischen Aussagen zu einer Verurteilung zu 50 Mk. Geldstrafe. Weniger Glück hatten die drei schwörenden Polizisten diesmal vor der Breslauer 2. Strafkammer als Berufungsinstanz. Hier mußten die von Scholich bezeichneten Zeugen vernommen werden. Und hier konnte festgestellt werden, daß einmal Scholich die angeblich beleidigende Äußerung gar nicht getan, daß sie vielmehr aus der Mitte der Versammlung heraus erfolgte und daß Scholich von der Bühne aus gesprochen habe. Trotz der ganz bestimmten, ebenfalls unter Eid abgegebenen Aussagen der Entlastungszeugen, die während des Vortrages in unmittelbarer Nähe des Redners saßen und die angeblich beleidigende Äußerung, wenn sie gefallen worden wäre, auch gehört haben müßten, blieben die Polizisten bei ihren Behauptungen. Nach langer Beratung kam das Gericht zu einer Freisprechung. Es entschied, wenn sich die Zeugenaussagen so gegenüberstehen, sei der Vorgang als nicht völlig geklärt anzusehen. Es sei möglich, daß sich die Beamten getäuscht hätten.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Ausstand der Tapezierer in Thüringen. In Erfurt, Weimar und Gotha besteht der Ausstand weiter. Das Bemühen der Unternehmer, von auswärts Arbeitswillige heranzuziehen, ist bisher von wenig Erfolg gekrönt gewesen. In Eisenach haben die Tapezierer am Mittwoch die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen, nachdem am Tage vorher sämtliche Unternehmer die Forderungen der Gehilfen durch Unterschrift anerkannt hatten. In Jena wird voraussichtlich der neue Tarif ohne Arbeitseinstellung von beiden Seiten anerkannt werden.

Ein guter Erfolg des Holzarbeiter-Verbandes in Celle. Mit einem glänzenden Erfolge wurde die Lohnbewegung der Tischler in Celle beendet. Die Lohnverhältnisse ließen dort bisher sehr zu wünschen übrig, trotzdem in den letzten Jahren erbitterte Kämpfe um die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse geführt wurden. Vor drei Jahren wurde monatelang gekämpft und die Arbeiter waren damals gezwungen, das von den Unternehmern vorgelegte Vertragsmuster des Baugewerbes zu akzeptieren und den Arbeitsnachweis der Unternehmer anzuerkennen. Der Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes lehnte damals die Unterzeichnung des Vertrages ab. Vor zwei Jahren mußten die Arbeiter der Stuhlfabriken einige Monate im Kampfe

verharren, weil die Unternehmer den Austritt aus dem Verbande verlangten und erhebliche Lohnkürzungen vornehmen wollten. Diese Kämpfe sind nicht ohne Wirkung auf die Unternehmer geblieben und haben diese zur Vernunft gebracht. Diesem Umstande sowohl wie dem zähen Festhalten der Arbeiter an ihrer Organisation, dem deutschen Holzarbeiter-Verbande, ist es zu danken, daß die Bewegung diesmal ohne Kampf durchgeführt werden konnte. Bisher betrug der Stundenlohn in Celle 36 Pfg. bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 57 Stunden. Die Arbeitszeit wird nun sofort auf 56 Stunden, 1912 auf 55 und am 1. April 1913 auf 54 Stunden verkürzt. Der Durchschnittslohn wird sofort auf 47, am 1. 4. 1912 auf 49, am 1. 4. 1913 auf 51 und am 1. 4. 1914 auf 53 Pfg. pro Stunde erhöht. Sämtliche Stundenlöhne werden sofort um 3 Pfg. erhöht und während der Vertragsperiode insgesamt um 9 Pfg. pro Stunde. Für Nacht- und Sonntagsarbeit werden entsprechende Zuschläge gewährt. Wegen der Schlichtungskommission und der übrigen Vertragsbestimmnngen wurde der zwischen den Zentralvorständen vereinbarte Mustervertrag als maßgebend anerkannt. Der Arbeitsnachweis soll gemeinsam unter städtischer Regie geführt werden. Bemerkenswert ist noch, daß der Vertrag mit dem neu gegründeten Bezirksverband des „Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe" abgeschlossen wurde.

Lohnbewegung der Brauereiarbeiter in Kulmbach. In der bekannten Biermetropole in Oberfranken, Kulmbach, stehen die Brauereiarbeiter in der Lohnbewegung. Es hat dem Brauereiarbeiterverband große Kämpfe gekostet, um sich bei den Kulmbacher Brauindustriellen Anerkennung zu verschaffen. Schon Mitte der neunziger Jahre setzte die Agitation des Verbandes ein, doch die dann gegründete Zahlstelle wurde von den seinerzeit dort allmächtigen Brauindustriellen rücksichtslos und mit allen Mitteln vernichtet; an der Spitze der Organisation stehende Brauer mußten Kulmbach verlassen. Doch der Gedanke der Organisation blieb. Die Organisation entwickelte sich später wieder sehr gut, mußte aber im Jahre 1902 wieder den Kampf um ihre Existenz aufnehmen. Sie hat sich hierbei die Anerkennung des Unternehmertums erkämpft und steht seitdem im Tarifverhältnis. Der jetzt bestehende im Jahre 1908 abgeschlossene Tarif läuft am 1. April ab. Die neuen Tarifforderungen wurden schon am 28. Februar den Unternehmern unterbreitet und um Unterhandlung ersucht. Aber entgegen der bisherigen Gepflogenheit — seit Bestehen des Tarifverhältnisses — lehnte die Brauereivereinigung jede mündliche Unterhandlung mit der Begründung ab, daß die alten Vertragsbestimmungen sich bewährt hätten und außer einer Lohnerhöhung und einer Verlängerung der Mittagspause um eine Viertelstunde alles beim alten bleiben solle, wenn der Vertrag auf fünf Jahre abgeschlossen werde. Eine äußerst stark besuchte Versammlung der Brauerei- und Mälzereiarbeiter, die sich mit diesem Angebot beschäftigte, erklärte dasselbe für in jeder Beziehung ungenügend und verlangte vor allem mündliche Verhandlung. Bei der zunehmenden Teuerung müsse die Lohnzulage schon anders ausfallen; weiter müsse im Interesse der Arbeiter eine halbstündige Verkürzung der Arbeitszeit verlangt werden, weil die Brauereien in ihren technischen Einrichtungen durchaus auf der Höhe der Zeit stehen und die Zahl der beschäftigten Arbeiter sich auch bei gleichbleibender Produktion vermindere.

Aus dem Gerichtssaal.

Schutz vor Schutzleuten. In die Geheimnisse einer Polizeiwache leuchtete wieder einmal eine Verhandlung vor der Glogauer Strafkammer gegen den Polizeisergeanten Hermann Frenzel aus Neusalz a. O. hinein. Dieser Ordnungshüter schlug einen wegen Ruhestörung verhafteten Schlosser bei der Entlassung aus dem Polizeigefängnis mit der geballten Faust ins Gesicht, zerrte ihn an den Haaren in der Polizeiwachtstube herum und warf ihn dann brutal in eine Ecke. Einen anderen jungen Mann, der jetzt beim Militär dient, mißhandelte er, weil er angeblich seinen Namen nicht schnell genug nannte. Einen schwächlichen Sattlergesellen stieß dieser Musterpolizist mit solcher Gewalt vor die Brust, daß er in einem weiten Bogen auf die Straße flog und sich dabei erheblich verletzte. In diesem Falle will Frenzel nur „Spaß" gemacht haben. Eine Arbeiterin wurde von Frenzel ebenfalls ohne Grund in das Gesicht geschlagen, so daß dieses sehr anschwoll, und schließlich hat dann Frenzel einen Fleischergesellen, mit dem er ein unbedeutendes Renkontre hatte, widerrechtlich verhaftet. Selbstverständlich bestritt diese Ordnungssäule vor Gericht alles und versuchte, die zahlreichen Opfer seiner Brutalität als Lügner hinzustellen. Da die Beweise aber zu gravierend, die Aussagen der Belastungszeugen und Gemißhandelten zu bestimmt waren, kam auch das Gericht zu der Überzeugung, daß man es hier mit einem äußerst rohen Patron zu tun hatte. Frenzel wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem wurde ihm die Befugnis abgesprochen, drei Jahre lang ein öffentliches Amt zu bekleiden. Die Ehe dieses Musterpolizisten ist auf Antrag seiner Frau gerichtlich geschieden worden, weil er diese fortgesetzt in schwerster Weise gemißhandelt hat. Und trotzdem kann unter Umständen dieser brutale Kerl nach drei Jahren wieder auf das Publikum losgelassen werden, denn irgendeine Gemeinde, die auf solche Elemente reflektiert, wird sich schließlich schon finden.

Das eigene Kind zu Tode mißhandelt. Ein entsetzliches Roheitsverbrechen hatte das Schwurgericht Berlin abzuurteilen. Der aus Österreich stammende Arbeiter Richard Sollanek war wegen Totschlags angeklagt, weil er sein 1907 geborenes Töchterchen auf geradezu bestialische Weise totgeprügelt hatte. Wenn Sollanek des Abends angetrunken nach Hause kam, riß er wiederholt das Kind aus dem Bett und schlug es mit einem Lederriemen, wohin er gerade traf. Das scheußlichste Roheitsverbrechen, welches zu der vorliegenden Anklage führte, beging der Angeklagte am Abend des 28. Januar. Das Kind war sich wieder den ganzen Tag selbst überlassen gewesen und hatte aus Hunger ein für den Angeklagten zum Abendbrot bestimmtes Kotelett aufgegessen. Aus Wut hierüber zog S. das schlafende Kind aus dem Bett, trug es in die Küche und schlug es hier erst mit der Hand. Dann faßte er das unglückliche Wesen an den Beinen, so daß es mit dem Kopf nach unten hing und schlug den Kopf mehrmals gegen das Fensterspind, wobei er den Körper als eine Art Keule benutzte. Das Kind gab bei dieser entsetzlichen Mißhandlung nur leise Wimmertöne von sich. Mit viehischer Roheit warf er dann das aus Nase und Mund blutende Kind auf den Boden und trat mit den Füßen auf dem Leib des Mädchens herum. Nach diesen entsetzlichen Martern warf der Angeklagte das Kind auf ein Brettergestell, wo es die Nacht über zubringen mußte. Die schweren Kopfverletzungen, die das Kind bei der rohen Mißhandlung erlitten hatte, versuchte der Angeklagte dadurch zu heilen, daß er einfach ein Stückchen Heftpflaster auf die Wunden klebte. Das Mädchen kränkelte immer mehr und mehr, ohne daß es S. oder die Stanek, die Mutter des Mädchens, mit der er zusammenlebte, für nötig hielten, einen Arzt hinzuzuziehen. Am 2. Februar konnte das Kind keine Nahrung aufnehmen. Als es am Tische saß, fiel es plötzlich nach vornüber und verschied. Bei der Obduktion, welche die Gerichtsärzte Dr. Hoffmann und Dr. Stoermer vornahmen, ergab sich als Todesursache eine infolge der Kopfverletzungen entstandene Gehirnblutung. In seiner Vernehmung gibt der Angeklagte zu, das Kind öfter und auch derbe geschlagen zu haben. Über den zur Anklage stehenden Vorfall will er angeblich nichts wissen, da er stark betrunken gewesen sei. Nach dem Gutachten der Medizinalräte Dr. Hoffmann und Dr. Stoermer hat die Summe der Mißhandlungen den Tod des Kindes verschuldet. Auf eine Frage des Verteidigers, Rechtsanwalts Leo Kempner, ob nicht anzunehmen sei, daß der Angeklagte am 28. Januar im Zustande sinnloser Trunkenheit gehandelt haben müsse, erklärte Medizinalrat Dr. Stoermer: Es handle sich in diesem Falle um eine direkte Bestialität, und man müsse zur Ehre des Menschengeschlechts annehmen, daß der Angeklagte unter dem Einfluß des Alkohols gestanden habe. Für sinnlose Trunkenheit habe die Verhandlung keinen Anhalt gebracht. Der Angeklagte wurde zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Bestialische Soldatenquälerei. Ein ungeheuerlicher Fall von Soldatenquälerei bildete den Gegenstand einer Verhandlung vor dem Dresdner Kriegsgericht, wo sich die Unteroffiziere der 1. Komp. des Train-Bataillons Nr. 12 Linke und Börner wegen Mißhandlung, Beleidigung und Ungehorsam verantworten mußten. Der Rekrut Sandig war am 11. Februar dem Wachtmeister gemeldet worden, weil er nicht rein gewaschen zum Dienst gekommen war. Er erhielt den Befehl, sich gründlich zu waschen und der Angeklagte Linke wurde beauftragt, die Aufsicht dabei zu führen. Ungeachtet der Anordnungen des Wachtmeisters mußte Sandig auf Linkes Befehl in das Waschhaus gehen, wo vor Kälte die Fenster zugefroren waren, und den ganzen Oberkörper entblößen. Dann mußten zwei Soldaten den Oberkörper des Rekruten mit Bürsten abscheuern — aber wie — und dazu das eiskalte Leitungswasser verwenden!! Bei dieser furchtbaren Tortur bekam der Rekrut einen förmlichen Schüttelfrost. Als das der Unteroffizier Linke sah, befahl er: „Zieht das Dreckschwein wieder an!" In diesem Moment kam der Unteroffizier Börner — ein wegen Soldatenschinderei vorbestrafter Mensch — in das Waschhaus. „Zieht den Kerl ganz nackt aus und legt ihn auf die Bank!" ertönte das Kommando. Die beiden mit Bürsten ausgerüsteten Soldaten taten das und dann wurde der Rekrut am ganzen Körper mit Bürsten und kaltem Wasser abgescheuert! Zum Schluß wurde über den nackten Körper des Rekruten ein Kübel eiskaltes Wasser geschüttet!! Der so gepeinigte Rekrut mußte sich am folgenden Tage in ärztliche Behandlung begeben und war dann sechs Tage krank und dienstunfähig. Das Kriegsgericht nahm einen minder schweren Fall an und verurteilte die beiden Bestien zu der milden Strafe von je drei Wochen mittlerem Arrest!!

Referendar und Zuchthäusler. Das Schwurgericht in Trier hat nach einer bis nach Mitternacht dauernden Verhandlung den Referendar Ludwig zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er fünf beim Gericht lagernde Sparkassenbücher entwendet, die Unterschrift des Richters gefälscht und dann 4500 Mk. abgehoben hatte. Die Geschworenen haben ein Gnadengesuch unterzeichnet, da Ludwig geistig minderwertig sei. — Sonderbar, daß bei Leuten aus „besseren" Kreisen sich so leicht ein geistiger Defekt feststellen läßt und noch sonderbarer, daß so wenig Verstand zum Referendar gehört, daß geistig Minderwertige ihn machen können.

Zuchthausstrafe für Brunnenvergifter. Das Schwurgericht in Augsburg hat den Bauern Rottanger in Tötting, der seinem in tödlicher Feindschaft mit ihm lebenden Nachbarn den Brunnen mit einem Tierkadaver vergiftet hatte, zu vier Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust und den Sohn des Bauern wegen Beihilfe zu 1½ Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Die ganze neunköpfige Familie des Nachbarn war an dem vergifteten Wasser schwer erkrankt. Der medizinische Sachverständige erklärte, die Brunnenvergiftung sei derart gewesen, daß sie sehr wohl den Tod eines Menschen hätte herbeiführen können.

Aus Nah und Fern.

Gymnasiastentragödie. Donnerstag nachmittag stürzte sich, wie aus Königsberg gemeldet wird, in der Nähe von Cosse ein junger Mann in den Pregel; er ertrank, noch ehe ihm Rettung gebracht werden konnte. Abends wurde die Leiche geborgen. Wie festgestellt wurde, handelte es sich um einen 19 Jahre alten Gymnasiasten aus Labiau, der sein Examen nicht bestanden hat und deshalb in den Tod gegangen ist.

Risiko der Arbeit. Auf dem Dortmunder „Phönix" ereignete sich am Freitag ein entsetzlicher Unglücksfall. Der Arbeiter Advent war an den Schmelzöfen beschäftigt, als ein Wagen der elektrischen Drahtseilbahn vorüberfuhr. Der Mann wurde von dem Wagen überrannt und in den glühenden Ofen gestoßen, vor dem er gerade stand. Obwohl Hilfe sofort zur Stelle war, konnte der Unglückliche nur als vollständig verkohlter Leichnam aus dem Ofen entfernt werden.

Zwei Arbeiter lebensgefährlich verletzt. Bei einem Fabrikwehrbau in Schmgau (Bayern) senkte sich eine Brücke unter der Last beladener Rollwagen. Zwei Arbeiter wurden von den umstürzenden Wagen getroffen und lebensgefährlich verletzt.

Großfeuer. Im Dorfe Hörsching bei Linz brach ein Feuer aus. 23 Gebäude sind vernichtet. Zwei Kinder werden vermißt.

Ein geistlicher Gauner. Der Prior des Troizki-Klosters in Kiew, Archimandrit Melchisedek, hat Klostergelder im Betrage von 650 000 Mk. unterschlagen. Acht Jahre lang hat er sich diese Veruntreuungen zuschulden kommen lassen; er ist dem Gericht überwiesen worden.

Sturm auf See. Ein außerordentlich starker Schneesturm suchte am Sonntag die Südküste Englands heim. Die telephonische Verbindung mit dem Kontinent war unterbrochen. Der Glasgower Dampfer „Irisbrook" und der französische Dampfer „Ville de Bordeaux" stießen am Sonnabend, nach dem „H. F.", im Kanal beim Royal-Sovereign-Feuerschiff zusammen und gingen nach kurzer Zeit unter. Die Mannschaften konnten sich nur mit knapper Not unter Verlust all ihrer Habe in die Boote retten. Bei eisigem Oststurm, der ihre Boote schnell mit Wasser füllte, standen die Leute schwere Unbilden aus, bis sie von zwei deutschen und einem schwedischen Schiff gerettet wurden. Der deutsche Dampfer „Cap Horn" nahm den Kapitän Ullstrom und elf Mann vom „Irisbrook" auf, und der Dampfer „Lemnos" die übrigen fünfzehn Mann vom „Irisbrook", während der schwedische Dampfer „Clara" die 22 Mann starke Besatzung des französischen Dampfers rettete. Die Schiffbrüchigen wurden nach Newhaven gebracht und dort gelandet. — Der Dampfer „Rethel", der zwischen Vancouver und der Küste verkehrt, schlug bei Beachy Head an der Pacifickküste um. Man fürchtet, daß von den 45 Arbeitern, die an Bord waren, dreißig — nach einer andern Meldung vierzig — ertrunken sind.

Das Neuyorker Brandunglück. Über die Brandkatastrophe in Greene Street, der 141 Personen zum Opfer fielen, werden weiter folgende Einzelheiten gemeldet: Kein Mensch weiß, wie das Feuer ausgebrochen ist. Ganz plötzlich waren die drei obersten Stockwerke von dichtem Rauch erfüllt und die Menschen rannten wie wahnsinnig umher. Auf der einen Seite des Gebäudes waren die Simse der Fenster in kurzer Frist mit Reihen von verzweifelten Mädchen umsäumt, von denen eine nach der andern kraftlos in die Tiefe stürzte, wo sie als formlose Masse liegen blieben. Andere, denen die Angst übermenschliche Kräfte gab, hingen 10 und 15 Minuten lang mit den Fingerspitzen an den Simsen, bis die Flammen aus den Fenstern leckten und die versenkten Glieder den Halt verloren. Immer wieder kam es wie schwere Kleiderbündel durch die Luft. Die Löschmannschaften mußten zur Seite springen, um nicht getroffen zu werden. Die blutige Masse auf der steinharten Straße wuchs zusehends. Man sah, wie sich fünf Mädchen umschlangen und dann in die Tiefe stürzten; zwei von ihnen fielen auf ein Gitter und blieben aufgespießt hängen, die andern schlugen auf dem harten Pflaster auf. Ein Mann half einer Frau und einem kleinen Mädchen auf das Sims; darauf sprangen alle drei in die Tiefe. Unten hatten die Feuerwehrleute eine Pferdedecke als Sprungtuch ausgebreitet, die aber wie Seidenpapier zerriß, als Frau und Mädchen darauffstürzten; die beiden Körper blieben als Leichen auf der Straße liegen. Der Mann hatte sich in der Luft überschlagen und war einem Schutzmann auf die Schultern und dann auf die Erde gestürzt; er blieb ebenfalls als Leiche liegen. Dem Polizisten wurden die Schultern ausgerenkt. Besonders hervorzuheben sind die beiden Studenten Charles Kremer und Elias Kantor die von der nur durch einen kleinen Hof von dem brennenden Gebäude getrennten Universität 150 Menschen das Leben retteten. Mit einer Leiter überbrückten sie den kleinen Hof und Kremer stellte sich auf das Dach des brennenden Gebäudes, von wo er das Rettungswerk leitete. Die Mädchen wurden so mit Hilfe noch anderer Studenten auf das Dach der Universität über die Leiter hinweg befördert. Auf der anderen Seite, wo das brennende Gebäude ebenfalls durch einen Hofraum von einem anderen Gebäude getrennt wurde, ging das Rettungswerk nicht so ruhig von statten. Männer schlugen und stießen hier die Frauen von der Leiter, um sich erst selber retten zu können. Die Frauen bissen wie wild um sich. Trotzdem sollen auch auf diesem Wege etwa hundert Menschen gerettet worden sein.

Eine Warnung vor der Auswanderung nach Argentinien. Mancher deutsche Arbeiter setzt, angeekelt von den widerwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Heimat, einen vor Jahren von gewisser Stelle ausgesprochenen frommen Wunsch in die Tat um und schüttelt den deutschen Staub von den Füßen, um für sich und die Seinen in fernem Lande eine neue Heimat zu gründen. Oft nur mit geringen Barmitteln versehen, wandert die Familie in das Land der Hoffnungen ein, aber bald merkt sie, daß auch hier der Blutsauger Kapitalismus sie vor seinen Wagen spannt; daß der Kampf ums Dasein in der neuen Heimat für sie fast noch schwieriger ist als in der alten. Schwieriger um deswillen, weil der neu Eingewanderte sich nur schwer einpassen kann in die ungewohnten Verhältnisse, weil daneben auch die Verständigung mit den Arbeitsbrüdern durch Sprache und nationale Vorurteile gehemmt wird. Ein krasses Beispiel für die Richtigkeit dieser Auffassung bietet eine Notiz aus einer in Buenos Aires erscheinenden Zeitung, die dem „Vorwärts" ein argentinischer Freund zur Verfügung stellt. Es heißt darin: „Obdachlose Einwanderer sind dieses Jahr eine nicht seltene, wohl aber mit jedem Tage ernster werdende Erscheinung. Am Sonnabend abend kam es zu einer eigenartigen Demonstration. Einige 300 Einwanderer verschiedener Nationalität, welche man von der Einwanderungsherberge aus nach Tucuman geschickt hatte, kamen von dort zurück, weil sie keine Arbeit und kein Brot fanden. Sie verlangten in der Einwanderungsherberge Unterkunft, die ihnen aber verweigert wurde. Als sie sich, wie noch viele andere, in der alten Herberge einlogiert hatten, kam ein Polizeiaufgebot und trieb die Hunderte von obdachlosen Leuten hinaus auf die Straße. Diese, mit ihren Habseligkeiten beladen, wanderten dann bis ins Zentrum und selbst bis in die Avenida de Mayo und beklagten sich auf den Zeitungsredaktionen, daß man sie wie Gesindel behandle, während sie doch jegliche Arbeit annehmen würden. Es besteht die Gefahr, daß wir in diesem Jahre ein großes Heer von Arbeitslosen in unsere Stadt bekommen, welche besonders in den Wintermonaten zur großen Plage werden können. Infolge der schlechten Ernte sind auf dem Lande die Verdienstverhältnisse schlecht. Leider aber ist gerade infolge der Zentralarbeiterpropaganda die Einwanderung außerordentlich stark und unser Land in keiner Weise vorbereitet, diese Massen unterzubringen. Und bei der Ratlosigkeit, die heute in allen Zweigen unserer Staatsverwaltung herrscht, sind auch gegen diese Gefahr wirksame Maßnahmen kaum zu erwarten. In Bahia Blanca sind in diesen Tagen die ersten direkten Einwandererentransporte angekommen. Welche Vorkehrungen hat man für die Unterbringung getroffen? Ohne solche würden diese Menschentransporte zum Verhängnis werden." — So gut man es verstehen kann, daß viele bestrebt sind, der staatlichen Misere der Heimat zu entrinnen, so sehr muß doch immer wieder betont werden, nur nach genauester Prüfung der Verhältnisse und mit reichlichen Barmitteln versehen auszuwandern. Sonst kann es leicht heißen: Verdorben, gestorben!

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher.

„Arbeiter-Jugend", Nr. 6.

Der **„Wahre Jacob"** hat seine neueste Nummer unter dem Spezialtitel „Der keusche Josef", Probenummer eines Zentrumswitzblattes, erscheinen lassen. Der ganze Inhalt der Nummer ist daher der Zentrumspolitik gewidmet.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 13.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.